

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherz.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3892.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaarten Kolonialsätze 1 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

300 100
In einer Aufl. von
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Virtschaftliche Rundschau.

Der Stahlwerksverband hat kapitulieren müssen. Die im Interesse der weiterverarbeitenden Industrien schon längst notwendige Preishabsehung der Syndikatprodukte ist endlich erfolgt, die Ermäßigung auf Halbzug, Formeisen u. s. m. wurde auf 10 Ml. pro Tonne bemessen. Wenige Tage nach der Ankündigung dieser Reduktion veröffentlichte der Verband seinen Geschäftsbericht über den Monat November, der dem auch zur Genüge bewies, daß die Verschlechterung der Lage der Eisenindustrie so erhebliche Fortschritte gemacht hatte, daß die bisher vom Syndikat mit Hartnäckigkeit betriebene gefährliche Preispolitik schlechterdings nicht länger aufrecht zu erhalten war. Der Verband in A-Produkten erfuhr einen weiteren Rückgang, und zwar betrug er für Halbzug 115.891 Tonnen gegen 120.014 Tonnen im Oktober, für Formeisen nur 85.091 Tonnen gegen 129.921 Tonnen im November. Lediglich der Verband für Oberbaubedarf weist gegen den Vormonat eine Steigerung von etwa 34.000 Tonnen auf. Diese Erhöhung ist, wenn es vom Stahlwerksverband auch beurteilt wird, nur auf die verstärkten Abrüse der Staatsbahnen kurz vor Ablauf der alten Verträge zurückzuführen. Das Syndikat muss bei seinen Abnehmern und sonstigen Interessenten ein starkes Maß von Gedächtnisschwäche und Harmlosigkeit voraussezten. Anders läßt sich seine Behauptung in dem letzten Geschäftsbericht nicht deuten, nach seinen Fundgebungen der letzten Monate wäre die Annahme nicht berechtigt gewesen, daß für das erste Vierteljahr 1908 die gleichen Preise wie bisher Geltung haben sollten. Noch vor wenigen Wochen erklärte die Verbandsleitung, daß zu einer Preishabsehung keinerlei Veranlassung vorliege, der Verband es auch nicht nötig habe, bei dem durchaus befriedigenden Auftragssatzstand seine Abnehmer besonders auf den Ankauf größerer Mengen zu drängen. Erweist sich diese Behauptung nunmehr — nach eigener Angabe — als eine glatte und nette Unwahrheit, so lassen auch die weiteren Mitteilungen interessante Einblicke in das Getriebe des Syndikats zu, die mit nicht zu übertreffender Klarheit die von ihm systematisch betriebene Freiführung über die Geschäftslage beweisen. Zur Befriedigung des Gesellschafters an den hohen Preisen wird nun gestanden, daß irgend eine Kauflust bisher nicht bestand. Die größte Bedeutung aber verdient das Eingeständnis, daß den hauptsächlichsten Abnehmern mitgeteilt worden sei, die neuen Preise für das erste Quartal 1908 würden ermäßigt werden. Der Nachzahl der Abnehmer ist die Anzeige von der kommenden Preisherabsehung also vorausgegangen worden; sie sollen zu kaufen zu den hohen Preisen angereizt werden. Andererseits aber ist die merkwürdige Tatsache zu konstatieren, daß der größte Abnehmer des Syndikats, die preußische Eisenbahnverwaltung, im Oktober dieses Jahres die gewaltigen Abschläge auf die Dauer von drei Jahren vorgenommen hat, und zwar zu recht beträchtlich erhöhten Preisen. Nunmehr man selbst davon Abstand, daß die Preissteigerung keineswegs der damaligen Marktlage mehr entsprach, so hätte die preußische Verwaltung nur unter Ausrechnung der jetzt erfolgten Preisermäßigung bei ihrem Abschlag 15 Millionen Ml. erspart können. Diese Freigebigkeit einer Staatsverwaltung, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht vorertheilt und die schlechtesten Löhne zahlt, wäre um so skandalöser, wenn sie bei Eingezwingter Lieferungsverträge von dem Syndikat über die Situation nicht getäuscht werden sein sollte. Selbst wenn sie das Opfer einer Täuschung geworden wäre, bliebe das Maß der Schuld der Verwaltung noch groß genug, jeder nicht im Dienste des Syndikats stehende Handelshäute ihr über die zur Zeit der Abschläge schon herrschende Marktage genügende Aufklärung geben könnten.

Der Preisermäßigung der Stahlwerksprodukte folgte eine teilweise Herabsetzung der Roheisenpreise. Am 7. Dezember beschloß das Luxemburger Roheisen-Syndikat, den Preis für Gießereiroheisen um 14 Ml. herabzusetzen. Die äußere Veranlassung hierzu sollen Preisunterbietungen einer Händlerfirma gegeben haben, die die Produkte des Hauses Eisen- und Stahlwerkes vertreibt. Preisermäßigungen für Roheisen waren jedoch seit längerer Zeit schon zu erwarten, wahrscheinlich folgte das Düsseldorfer Roheisen-Syndikat bald dieser neuen Preisgestaltung. Der Verein für den Verkauf von Siegerländer Roheisen reduzierte den Preis für Spiegelroheisen um 5 Ml. für die Tonne. Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Schweißereifabriksverkehrs ließ eine Preisabschaltung um 15 Ml. eintreten. Die Drahtwerke beschlossen, für das erste und zweite Vierteljahr 1908 den Grundpreis für Walzdraht um 7,50 Ml. zu ermäßigen. Der Verband deutscher Messingwerke ermäßigte die Grundpreise für Bleche von 147 auf 139 Ml. und für Stangen von 137 auf 129 Ml. Den Verbrauchern sollen von außerhalb des Verbandes stehenden Werken noch bedeutend billigere Preise gemacht werden. Dem Preisrückgang und dem Preisfall in den Metallen Kupfer, Silber und Zink schloss sich in den letzten Wochen auch Blei an, das seinen Höchstpreis von 136 bis 138 Ml. pro Tonne lange Zeit gut behauptet hat. Amerika, der Hauptproduzent für Blei, sah sich infolge der drückenden Geldnot trotz geringer Nachfrage zu einem starken Angebot genötigt. Blei verlor seit dem Oktober auf den Tonnenpreis etwa 140 Ml.

Der mit viel Lärm angekündigte Plan der Gründung eines Stabseisenverbandes ist als gescheitert zu betrachten. Es ist aus mannigfachen Gründen anzunehmen, daß die beabsichtigte Gründung von den Kaufmännern von vornherein als ausgeschlossen angesehen wurde. Das Projekt soll daran gescheitert sein, daß die Werke, die den Betrieb ihrer Stabseisenproduktion vertragsgemäß handelsfremd übergeben haben, nicht in der Lage sind, ihre Stabseisenprodukte

daneben noch dem Verband zu verkaufen. Diese Verhältnisse müssen den beteiligten Werken auch vor Beginn der Verhandlungen schon bekannt gewesen sein, die Untersuchungen und Beratungen waren nichts als leerer Schein. Die durch seine Syndikatsbestimmung gehinderte Produktion der Werkfabrikate dient den Syndikatswerken sehr erfolgreich als Mittel zur Abwürfung der "reinen" Werke, daß die Syndikatsterroisten sicherlich nicht leicht aus der Hand geben werden. Die reinen Werke behaupten in der ihnen nahestehenden Presse, daß die nunmehr um 10 Ml. ermäßigten Säcke für Halbzug noch nicht ausreichen, um Stabeisen und Bleche ohne Verlust herstellen zu können. Dazu sei eine weitere Ermäßigung von 5 bis 7,50 Ml. notwendig.

Die Abschwächung der Geschäftstätigkeit nimmt an Umfang stetig zu, die Betriebs einschränkungen, die bereits erfolgt oder erst beschlossen sind, sind erheblicher als nach den dürftigen Meldungen der Handels- und Zeitungspresse anzunehmen wäre. Viel beachtet wurde die Nachricht, daß die Bismarckhütte in Oberösterreich in ihrem Möhrenwalzwerk und im Blechwalzwerk den vollen Betrieb aufrechterhält, in allen übrigen Werkstätten aber wegen Rückgangs in der Konjunktur den Betrieb einschränkt und von den vier Ofen des Gußstahlwerkes zwei löscht. Gegenüber dem Verhalten der Unternehmenspreise scheint es um so notwendiger, in der weitesten Öffentlichkeit Verständnis für die Folgen der Krise zu erwecken. In früheren Krisenjahren pflegten Staats- und Gemeindeverwaltungen gegenüber den Forderungen der Arbeitervertreter nach Maßnahmen zur Linderung des durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Masseneelendes den Einwand zu erheben, daß Staatsaktionen sich ohne Vorbereitungen nicht treffen lassen. Verbarzt sie hinter dieser Ausrede auch nur die Ablehnung jeder Hilfeleistung, so dürfte es sich doch empfehlen, in Staats- und Gemeindeparlamenten die sofortige Einleitung von Notstandsaktionen zu verlangen. Die massiven Überreibungen von der Besserung der Arbeitsverhältnisse und der Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft während der leichten Hochkonjunktur haben zweifellos in weiten Kreisen die Vorstellung erweckt, daß die Arbeiterschaft ein erträgliches und zuverlässiges Leben zu führen imstande sei. Unter diesen bewußt hervorgerufenen Eindruck wird man die öffentliche Meinung auch gegenüber den furchtbaren Krisenwirkungen zu halten versuchen.

Die zur Veröffentlichung gelangenden Geschäftsberichte stehen natürlich noch unter dem Zeichen der nun geschwundenen Hochkonjunktur. Unter den bedeutendsten Gesellschaften, deren Wohlstand jetzt vorliegen, sind Krupp und der Siemens-Schuckert-Konzern besonders zu erwähnen. Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft in Essen, setzt die Dividende wieder auf 10 Prozent fest, das Kapital ist im Dezember 1906 von 160 auf 180 Millionen Mark erhöht worden. Nach Abzug der Abschreibungen, die sich für die Eigenschaften auf 16,5 gegen 14,3 Millionen Mark im Vorjahr belaufen, ergibt sich ein Gesamtgewinn von 37,35 gegen 33,17 Millionen Mark im Vorjahr. Zur Rücklage gelangen 5,75 gegen 4,5 Millionen Mark im Vorjahr. Der Reingewinn beläuft sich auf 24,84 gegen 20,93 Mill. Mark im Vorjahr. Den „berühmten“ Kruppischen Arbeiterschaften wurden aus dem reichen Segen 1 Million Mark überwiesen. Über die voraussichtliche Entwicklung der Werte in dem neuen Geschäftsjahr bringt der Bericht keinerlei Mitteilungen.

Der Geschäftsbericht der Siemens & Halske-Aktiengesellschaft teilt für das am 31. Juli beendete Geschäftsjahr mit, daß die während derselben eingegangenen Beziehungen reichlich die des Vorjahres übertragen. Die Werte waren während des ganzen Jahres ausser auffällig angestrengt. Auch das neue Geschäftsjahr zeigt in bezug auf Befestigungszugang und Beschäftigungsgrad die gleich steigende Tendenz auf. Auf den vom Wernerwerk und vom Blockwerk vertretenen Arbeitsgebieten nahm im In- und Ausland die aufsteigende Bewegung ihren Fortgang. Die Arbeiten der Cyanid-Gesellschaft m. b. H. betreffend Herstellung von Kaffeesäure als Düngemittel durch Bindung des Stickstoffes der Luft wurden eifrig gefördert. Vorauftischlich kommen anfangs 1908 eine Anzahl ausländischer Gesellschaften, an denen die Cyanid-Gesellschaft beteiligt ist, mit grösseren Werken in Deutschland, Norwegen, Frankreich und der Schweiz in Betrieb. Die Stahlbereitung im elektrischen Produktionsofen macht vielversprechende Fortschritte. Der Bau der Stadt- u. der Vorortbahnen in Hamburg schreitet vorwärts.

Der Geschäftsbericht der Siemens-Schuckertwerke, G. m. b. H., die den Fabrikationsbetrieb (Stahlrotomabteilungen) der Elektrizitätsgesellschaft Schuckert und der Aktiengesellschaft Siemens & Halske zusammenfassen, erwähnt, daß das Berichtsjahr allen Abteilungen erhöhte Tätigkeit gezeigt habe. In den vier Jahren des Bestehens seien Umsatz des Geschäfts, Personal und Umsatz verdoppelt worden. Der Geschäftserfolg hat sich von 12,55 auf 17,32 Millionen Mark erhöht. Die Abschreibungen betragen 5,4 gegen 2,37 Millionen Mark im Vorjahr. Der Reingewinn wird mit 10,17 Millionen Mark ausgewiesen gegen 8,99 Millionen im Vorjahr. Die Leistungsfähigkeit der Fabriken in Charlottenburg, Nürnberg und am Nonnenhamer war sehr angepasst. Trotz grösster Zurückhaltung mussten natürlich an letzteren Orte und auch in Nürnberg grössere Neubauten ausgeführt werden.

Gleichzeitig ist der Jahresbericht der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schuckert & Co. in Nürnberg erschienen. Das am 31. Juli abgelaufene Geschäftsjahr brachte dem Bericht zu folge eine neuzeitliche Erhöhung des Geschäftserfolgs, zu dem sowohl die Ergebnisse der Siemens-Schuckertwerke, G. m. b. H., in Berlin wie die sonstigen Anlagen und Beteiligungen der Schuckert-Gesellschaft beigezogen haben. Die Bilanz ergibt einen Reingewinn von 3,38 gegen 3,20 Millionen Mark im Vorjahr. Die Reserve erhält daraus 115.555 Ml. (114.060 Ml.), die Aufzinsungskonten werden 33.544 Ml. (24.357 Ml.) und die Dividende wird mit 5 Prozent (wie im Vorjahr) auf das erhöhte Grundkapital mit 2,50 Millionen (2,10 Millionen Mark) verteilt.

Das Schnapsmonopol.

Die Reichsschulden haben die vierte Milliarde überschritten, aber die Schuldenwirtschaft wird fortgeführt, denn Jahr für Jahr legt der Reichsfinanzminister dem Reichstag ein Budget vor, dessen Ausgaben die Einnahmen um hunderte von Millionen überschreiten. So sieht das Budget für 1908 ein Defizit von 260/2 Millionen Mark vor und dazu kommt noch eine vom Reichstag für 1907 bewilligte, aber vom Schatzminister noch nicht aufgenommene Anleihe von 134 Millionen. Heute bereits betragen die jährlichen Zinsen für die Reichsschulden rund 150 Millionen, sie werden aber mit deren weiterem Wachstum sich ebenfalls noch weiter vermehren.

Diese unjinige und unverantwortliche Schuldenwirtschaft wird aber betrieben bei stetig steigenden Reichseinnahmen und Vermehrung der Reichsteuern. Es werden erst vor zwei Jahren durch Erhöhung bestehender und Einführung neuer Steuern die Einnahmen aus diesen Quellen um circa 200 Millionen jährlich erhöht und nun sollen abermals neue Steuern von 100 und mehr Millionen geschaffen werden. Die ausgesetzte Schraube ohne Ende.

Als neue Steuern werden das Schnapsmonopol und die Zigarrenbanderolensteuer genannt, über die aber Bülow und die Blockparteien noch nicht einig sein sollen. Trotzdem erscheint es angezeigt, sich kurz mit dem Plane des Schnapsmonopols zu beschäftigen, das bekanntlich schon eine Lieblingsidee Bismarcks war. In Deutschland bildet schon heute der Schnaps eine bedeutende Einnahmequelle des Reiches. So enthielt das Budget für 1907 unter dem Titel „Brannweinsteuer“ einen Einnahmeposten von 116.883.000 Ml. Diese Schnapseinnahme soll durch das Monopol bedeutend vermehrt werden. Das staatliche Schnapsmonopol steht ungefähr auf dem „offiziellen“ Niveau der Staatslotterie, denn in beiden Fällen werden die Schwächen und Leidenschaften des Volkes ausgenutzt für den Staat — ausgenutzt durch die herrschenden Klassen für ihren Klassenstaat. Es ist eine ungemein tiefe und rücksichtlose Staatsmoral, die eine solche Finanzpolitik betreibt und sich mit ihr gut abstödet. In Deutschland würde zudem der Gewinn aus dem staatlichen Schnapsmonopol ausschließlich für Militarismus, Marinismus und Weltpolitik Verwendung finden, also zur Unterdrückung der besetzten und zum Vorteil der besiegenden Klassen.

Darum auch hat die sozialdemokratische Partei den Gedanken des Schnapsmonopols jedesmal, so oft als er auftaucht, mit aller Entschiedenheit bekämpft und sie lehnt ihn auch jetzt ab. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, Schnaps herzustellen und damit seine Bürger zu vergiften aus dem Grunde, um auf diese Weise aus ihren Taschen Gewinn zu ziehen. Seine Aufgabe muß es vielleicht sein, durch eine einschneidende, alle Gebiete umfassende und stets fortschreitende Sozialpolitik den Schnapsmonopol, den Körper, Geist und die materielle Erringen vernichtet, zurückzudringen und schließlich ganz aus der Welt zu schaffen, denn ohne Schnaps kann man leben, besser leben als mit Schnaps. Gute Meinung hat Genoie-Burn in seinem Referat über die Alkoholfrage auf dem sozialdemokratischen Partitag in Essen ausgeführt: „Die Not und das Elend haben von der ersten Stunde an die Brannweinproduktion geleitet, und Not und Elend haben sich an ihre Herzen gehetzt bis auf den heutigen Tag. Nicht die Produktion hat zunächst ein Bedürfnis nach Alkohol hervorgerufen, sondern umgekehrt die wirtschaftlichen Verhältnisse haben das Bedürfnis erzeugt, und dem genügte dann die gezeigte Produktion.“

Die sozialdemokratische Partei lehnt das Schnapsmonopol auch ab, da sie grundsätzliche Gegnerin aller indirekten Steuern und dasselbe eben eine solche, und zwar in höchster Potenz ist. Die sozialdemokratische Finanzpolitik fordert die Herstellung des Gleichgewichtes im Reichshaushalt durch Verminderung der Ausgaben für Militarismus und Marinismus, Kolonial- und Weltpolitik und ferner durch Einführung einer wirtschaftlichen direkten Reichseinkommen- und Besteuerung der bestehenden neuen Reichserbschaften.

Und schließlich muss die sozialdemokratische Partei das Schnapsmonopol aus allgemeinen politischen Gründen ablehnen. Jedes Finanzmonopol bedeutet eine Stärkung und Erhöhung der Unabhängigkeit der Regierung vom Parlament, macht sie härter, gewaltiger und rücksichtsloser gegen das Volk. In einem rein parlamentarischen oder demokratisch regierten Lande mit ausgedehnter Volksfreiheit und Volksrechten mag dieser Gesichtspunkt weniger wichtig und maßgebend sein; im Deutschen Kaiserreich und das Parlament zu einem grossen Teile nur politische Dekoration ist, ist er von grösserer und richtunggebender Bedeutung. Ein ganzes Heer von Arbeitern und Angestellten würde direkt in den Dienst des Staates, des kapitalistisch-agrarischen Klassenstaats gezogen und zu „Staatslaven“ gemacht, die kein Koalitionsrecht und auch nicht das Recht der freien politischen Betätigung, nicht die Freiheit der politischen Gesinnung und Meinungsäußerung haben. Das Schnapsmonopol bedeutete die Stärkung der Reaktion, die Ausdehnung des gegenwärtigen „Zuchthausstaats“, demgegenüber seine interessierten Vertreter bekanntlich gern vom „sozialdemokratischen Zuchthausstaat“ die Zukunft phantasieren, den sie sich als die verschlechterte Ausgabe ihres auf Unterdrückung und Ausbeutung der Volksmassen beruhenden Gegenwartstaats vorstellen, weil ihnen die Fähigkeit oder der gute Wille oder auch beide abgehen, um sich in die sozialistische Gedankenwelt hineinzuleben.

Eine Milliarde Mark sollte erforderlich sein zur Einführung des staatlichen Schnapsmonopols. Wenn die Zinser als die geborenen Schnapsbrenner gegen den Plan nicht rebellieren, so offenbar aus der am reiche Erfahrung geprägten Überzeugung, daß sie beim Verkauf ihrer Schnapsbrennereien an die Regierung ein so glänzendes Geschäft machen würden, daß sie auf den Fortbetrieb der Schnapsfabrikation gern verzichten könnten.

Zu diesem Bericht könnten sie allerdings die Volksmassen als die haupstädtlichen Schnapskonsumenten bringen auch ohne das sta-

liche Schnapsmonopol, wenn sie auf jeden Genuss von Schnaps, doch ein gemeines Getränk und von Gemeinschädlichkeit ist, verzichten würden. Eine wunderbare große Kulturarbeit hat die moderne Arbeiterbewegung vollbracht und sei hier nur an die gewaltige Einschränkung des unmaßigen Bierkonsums der Arbeiter in den Brauereien erinnert, der nicht selten bis zu 30 und mehr Maß täglich erreichte, heute aber von den organisierten Brauereigemeinschaften auf ein bescheidenes Maß reduziert ist. So kann auch die Arbeiterbewegung mit Erfolg gegen den Schnaps ankämpfen und darum möchten wir nicht nur sagen: Nieder mit dem Schnapsmonopol, sondern auch: Nieder mit dem Schnaps überhaupt!

Die Gelbmetallindustrie Deutschlands.

11

Von den 57763 beschäftigten Personen sind 50182 männlichen und 7681 weiblichen Geschlechtes, Erwachsene sind es 49610, Jugendliche 8153. Von der Gesamtarbeiterzahl machen die weiblichen Beschäftigten 13,1 Prozent und die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen 14,1 Prozent aus. Dieser Durchschnittswert wird überschritten bei der Beschäftigung weiblicher Personen in vier Bezirken. In dem dritten Bezirk machen die Frauen und Mädchen 13,2 Prozent, im ersten Bezirk 13,8 Prozent, im zweiten Bezirk 14,9 Prozent und im zehnten Bezirk sogar 41,8 Prozent der Beschäftigten aus. In fünf Bezirken wird der Durchschnittswert von 14,1 Prozent für Jugendliche überschritten, es machen die Jugendlichen im Verhältnis zur Gesamtarbeiterzahl aus: im ersten Bezirk 15,2 Prozent, im vierten Bezirk 16,5 Prozent, im zweiten Bezirk 17,3 Prozent, im neunten Bezirk 19,4 Prozent und im dritten Bezirk 20,1 Prozent. (Siehe die nebenstehende Tabelle Nr. 1.)

Fr. 2. Berufsgugehörigkeit der erwachsenen Beschäftigten beider Geschlechter

Zur Gruppe 589: 21013, 192, 795, 112, 537, 196, 1537, 504, 1425, 20, 225, 37, 269, 262, 187, 1031, 2196, 1704, 1155, 1263, 14281, 672

Zum zahlreichsten sind die Frauen unter den eingetragenen Arbeitern vertreten. Mit 42,7 machen sie mehr als ein Drittel der in dieser Gruppe geschätzten Bevölkerung aus. In Städten, Kreisen, Städten und ländlichen Siedlungsgebieten finden sie Beschäftigung. Der Beruf der Klempner wurden 412, der Schleifer und Fräser 313, der Goldschmiede 290, der Gürtler 149, der Glasermechaniker 38 und der Scher 35 weibliche Beschäftigte geschätzt. In den männlichen Siedlungen hat die Frauengewerbe Einfluss gehabt und selbst vor den Glasmalereien hat sie nicht viele gemacht, da in letzter Zeit dort die Frau als fachmännische Betreuerin findet. Die Tabelle Nr. 2 über die Berufsangehörigkeit der Gewerbetreibenden zeigt die Verteilung der Berufe in den einzelnen Bezirken und die Ausdehnung der

halbes weilen die Pfleger auf, da 82,5 Prozent der Berufe angehörigen der Organisation angehören. Die Steinigießer weilen 74 Prozent, die Kupferschmiede 67,1 Prozent, die Metallarbeiter 67 Prozent, die Dreher 65,5 Prozent, die Schäfer 63,9 Prozent.

III.3. Organisationszehältnis der erwachsenen Arbeitern und Arbeitertinken nach Bezirk.

| Bezirk | Zentrum für Arbeitsamt: | | | | | Organisationszehältnis |
|-----------|-------------------------|-----------|----------|---------|----------|------------------------|
| | Arbeiter | Schaffner | Gesellen | Geistl. | Gelehrte | |
| Stadtteil | Arbeiter | Schaffner | Gesellen | Geistl. | Gelehrte | |
| Stadtteil | Arbeiter | Schaffner | Gesellen | Geistl. | Gelehrte | |
| Stadtteil | Arbeiter | Schaffner | Gesellen | Geistl. | Gelehrte | |

Das Organisationsverhältnis der einzelnen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Selbstverständlichkeit liegt nach jüngsten und zuverlässigen Angaben. Von 49610 Erwerbstümern haben Geschlechter im Jahr 1939 gleich 4,5 Prozent Mütter von geschwangeren und sonstigen Verhältnissen. 29386 gleich 41,1 Prozent der Beschäftigten gehören dem Durchschnitt Weimarer Kreises und anderen inneren Gemeinschaften an. 2162 gleich 4,4 Prozent sind Mütter in kirchlich-katholischen Gemeinschaften, während evangelische eben geführte Verhältnisse. Der Prozentsatz der Organisierten geht über den Durchschnitt von 4,5 an 3, 4, 5, 6, 8 und 11 Prozent, während dieser Durchschnitt in den anderen fünf Bezirken nicht erreicht wird. (Siehe Tabelle 90, 3.)

Bei Bengtson bei verschiedenen Organisationsstufen unterscheiden sich Tab. Nr. 4) ergibt, daß von 22543 Organismen 15539 gleich 67,1 Prozent den einfachen Schalenhäuschenbildern angehören. 1427 gleich 6,3 Prozent sind Röhre mit einem breiten Grundstück. Der einfache Schalenhäuschen gehören 1105 gleich 4,9 Prozent, der doppelseitigen Schalenhäuschen 581 gleich 2,6 Prozent und der gelben Röhre 476 gleich 2,1 Prozent der Organismen als Häufigkeit an. Das Organisationsverhältnis ist in den einfachen Schalen sehr verhältnis. Das mehr Schalen

2.4 Organisationsverhältnis der eingeschlossenen Mitarbeiter und Arbeitnehmer nach Betriebs-

| State | Estimated Net Income | | | | | | | | | | | | Estimated Net Assets | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------|----------------------|----|-----|-----|-----|-----|-----|------|-----|-----|-----|-----|----------------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|----|-----|-----|-----|----|
| | I | II | III | IV | V | VI | VII | VIII | IX | X | XI | XII | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | | | | |
| Alabama | 380 | — | — | — | 39 | 3 | 9 | 15 | 7 | 30 | 3 | 136 | 21 | 24 | 62 | 25 | 172 | 74 | 4 | 15 | 205 | — | — | | | | | |
| Alaska | 52 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | | | | |
| Arizona | 424 | 55 | 154 | 165 | 22 | 56 | 22 | 125 | 133 | 125 | 294 | 268 | 54 | 255 | 91 | 2 | 32 | 10 | 12 | 53 | 250 | 521 | — | — | | | | |
| Arkansas | 88 | — | 2 | 21 | 3 | 14 | 5 | 11 | 6 | 47 | 6 | 51 | 50 | 19 | 58 | 56 | 4 | 16 | 52 | 13 | 42 | 62 | 516 | — | | | | |
| California | 195 | 18 | 31 | 31 | 25 | 21 | 15 | 35 | 15 | 124 | 23 | 49 | 156 | 40 | 121 | 90 | 2 | 41 | 36 | 51 | 32 | 161 | 241 | — | | | | |
| Colorado | 227 | 6 | 82 | 91 | 25 | 125 | 125 | 17 | 124 | 49 | 27 | 125 | 25 | 125 | 51 | 7 | 114 | 75 | 3 | 34 | 120 | 8 | 23 | 16 | — | | | |
| Connecticut | 22 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | | | |
| Delaware | 22 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | | | |
| Florida | 567 | 4 | 5 | 49 | 468 | 89 | 82 | 81 | 62 | 26 | 124 | 159 | 22 | 22 | 65 | 2 | 32 | 57 | 3 | 14 | 5 | 23 | 36 | 11 | 57 | 15 | | |
| Georgia | 259 | 2 | 23 | 6 | 24 | 172 | 5 | 23 | 23 | 50 | 57 | 83 | 29 | 56 | 4 | 169 | 51 | 2 | 61 | 24 | 64 | 29 | 45 | 20 | — | — | | |
| Hawaii | 150 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | | | |
| Idaho | 370 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | | | |
| Illinois | 99 | — | — | — | — | 16 | 15 | — | — | 15 | — | — | 9 | — | 36 | 37 | 25 | 56 | 2 | 6 | 19 | 14 | 4 | 36 | 59 | 111 | 252 | |
| Indiana | 155 | 1 | 17 | 2 | 134 | 81 | 10 | 16 | 6 | 15 | 15 | 36 | 27 | 17 | 24 | 26 | 26 | 92 | 3 | 1 | 6 | 1 | 36 | 3 | 71 | 2 | 48 | |
| Iowa | 51 | — | — | — | — | 23 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 42 | 2 | 37 | 88 | 11 | — | — | — | — | — | |
| Kansas | 433 | 2 | 13 | 6 | 233 | 126 | 24 | 32 | 42 | 42 | 117 | 50 | 22 | 34 | 2 | 261 | 30 | 14 | 67 | 29 | 2 | 55 | 39 | 26 | 200 | — | — | |
| Louisiana | 552 | 12 | 57 | 54 | 35 | 37 | 182 | 6 | 28 | 28 | 125 | 416 | 189 | 41 | 151 | 85 | 4 | 41 | 22 | 151 | 68 | 35 | 24 | 46 | 24 | — | — | |
| Maine | 25 | 1 | 1 | 7 | 32 | 2 | 5 | 5 | 10 | 22 | 25 | 6 | 12 | 31 | 11 | 165 | 93 | 5 | 72 | 69 | 2 | 19 | 1 | 5 | 15 | 32 | 54 | 19 |
| Maryland | 25 | 1 | 19 | 2 | 27 | 25 | 5 | 10 | 22 | 25 | 6 | 12 | 30 | 26 | 9 | 345 | 44 | 5 | 34 | 93 | 2 | 65 | 18 | 52 | 30 | 103 | — | — |
| Massachusetts | 152 | 3 | 49 | 27 | 59 | 55 | 12 | 59 | 54 | 105 | 65 | 902 | 250 | 22 | 266 | 72 | 5 | 350 | 125 | 6 | 23 | 50 | 93 | 35 | 78 | 79 | — | |
| Michigan | 422 | — | 41 | 12 | 45 | 31 | 63 | 59 | 54 | 105 | 65 | 902 | 250 | 22 | 266 | 72 | 5 | 350 | 125 | 6 | 23 | 50 | 93 | 35 | 78 | 79 | — | |

Die Hirsch-Dunderschen haben ihre weiteste Verbreitung unter den Klempnern, wo ihre Mitglieder 11,6 Prozent der Organisierten ausmachen.

Die christlichen Gewerkschaften haben den höchsten Stand bei den ungelehrten Arbeitern mit 9,3 Prozent der Organisierten.

Die gelben Vereine haben in der Gruppe „sonstige Berufe“ die größte Zahl der zu ihnen gehörigen mit 78 gleich 7,9 Prozent der Organisierten. Als nächsthöchster Beruf haben die Schmiede 4,9 Prozent der Organisierten in gelben Vereinen.

Die Zahl der Mitglieder der drei Sondergruppen ist ja nicht groß. Weder einzeln noch vereint könnten sie etwas zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse tun, selbst wenn sie den Willen dazu hätten. Sie bilden also nur ein Hindernis für ein geschlossenes Auftreten der Kollegenschaft. Diesen Kreislegen muß das Schödlische dieser Zersplitterung klar gemacht werden.

Die vorstehenden Aufzähungen und Tabellen dienen jedenfalls unseren in der Galvaniindustrie beschäftigten Kollegen wertvolles Material für ihre Tätigkeit bei der Vigilanz und Organisation. Viel bleibt hier noch zu tun übrig. Die Hälfte der in dieser Industrie beschäftigten Personen gehört bis jetzt noch keiner Organisation an. Noch liegt ein Feld vor uns, das, wenn es richtig bearbeitet wird, reiche Erträge verspricht. Mögen die hier gegebenen Fingerzeige dazu führen, daß recht bald ein noch besseres Organisationsverhältnis in diesem Industriezweig Platz greift, um allen Angriffen trotzen und Verbesserungen durchführen zu können.

Der 27. Kongreß der Gewerkschaften Unterföhr.

Unter der Bezeichnung: American Federation of Labor findet sich die Mehrzahl der Gewerkschaften Amerikas zur Regelung ihrer gemeinschaftlichen Angelegenheiten zusammen. Der Föderation sind zurzeit 117 „internationale“ und nationale Unionen, 37 Staatsföderationen (Bezirksverbände), 674 städtische Körperschaften (Kartelle) und 860 lokale Gruppen, für die „internationale“ Unionen (Zentralverbände) noch nicht bestehen, angeschlossen. Die Gesamtmitgliedschaft dieser Organisationen beträgt 1723 424.⁴ Damit sind die Verluste der beiden letzten Jahre wieder reichlich ausgeglichen. Während des Rechnungsjahres (1. Oktober 1906 bis 1. Oktober 1907) konnten allein 187376 neue Mitglieder geholt werden. Diese Zahlen drücken noch nicht die ganze numerische Stärke der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung aus. Außerhalb der Föderation stehen neben einer Masse kleiner Gruppen noch größere Verbände, wie der der Eisenbahner, der Maurer und die italische Bannenträgerin der klassenbewußten amerikanischen Gewerkschaften: die Westliche Föderation der Bergarbeiter. Versuche, diese auch um die Fahne der Föderation zu scheren, haben bis jetzt nur „viele Gute“ gebracht. Weiter nichts. Meist zu erreichen wird schwer halten. Denn beispielsweise ist es schwer, zwischen der klassenbewußten Arbeiternpolitik der Westlichen Föderation der Bergarbeiter und dem harmonieduselnden Konservatismus der tonangebenden Stellen der Föderation Knoten zu schützen.

Den Kern der Föderation bilden die „internationalen“ Unionen. Sie nennen sich international, weil sie Gruppen in Mexiko und Canada haben. Eine tiefere Bedeutung diesen stolzen Bezeichnungen zu geben, halten sie vom Übel. In ihren 28500 Gruppen sind 1510100 Mitglieder, das sind 88 Prozent von der gesamten Bevölkerung der Föderation vereinigt. Sie regeln ihre Angelegenheiten völlig selbstständig. Für die lokalen Gruppen bildet die Föderation den eigentlichen Rückhalt. Sie pflegt und verwaltet den Verteidigungsfonds, der nur im Interesse der lokalen Gruppen verwendet werden darf. Übrigens ist dieser Fonds auch nur von den letzteren geschaffen. Von ihren Beiträgen von 10 Cr. = 42 Pf. pro Mitglied und Monat muss laut Satzung die Hälfte in diesen Fonds fließen. Er liegt am 1. Oktober 1907 105078 Dollar. Weilen die lokalen Gruppen nur ein zeitweiliges Dasein beabsichtigen, so bald sich für ihre Gemeinschaft eine internationale Union bildet, werden sie dieser

Von den 117 internationalen Unionen hatten 112 Berichte an den Executive Council (Verband) der Föderation gesandt. Die 112 Unionen haben während des Berichtsjahres 1295 Gruppen gegründet. Sie waren in 1433 Streits mit 150 271 Mann eingeteilt. Von den letzteren wurden 93 225 von ihren Organisationen unterstellt. Die Totalzahlen dieser Streits beließen sich auf 3290 353 Dollar. 1071 (2) Streits waren siegreich, 106 endeten durch Vergleich, 124 wurden verloren und 65 sind noch unentschieden. Das Streitobjekt bildeten in der Hauptsache die Lohnrechnung, seltener die Verkürzung der Arbeitszeit. Die größte Summe für Streits gab vor den 112 Unionen die der Importarbeiter aus. Sie allein sparte im letzten Jahre (in der Hauptsache) für die generelle Einführung des Achtstundentags fast anderthalb Millionen Dollar. Dies verselben Sach-

die ihr schon vier Millionen Dollar gekostet hat.

Des Sächsischen Tages erfreuen sich bis jetzt die Mitglieder von 28 Unionen. Unter diesen sind von der Metallbranche die Elektriker, Rohrleger (für Gas und Wasser), Stahlarbeiter und die Eisen- und Stahlarbeiter. Bei den letzteren ist das Dreisäckertütchen in Kraft. Auch die Maschinenfachwerker führen für die Erfüllung dieser alten Forderung.

Das Unternehmungswesen liegt im allgemeinen sehr im ergen. Außer der Streikunterstützung und der Zahlung von Sterbehilfe ist nicht mehr viel zu finden. Es werden zwar noch ganz häufig Spenden für andere Hilfsleistungen gebraucht. Aber diese haben mehr einen wohltätigen, denn einen statutarisch verbrieften Charakter. Da in hauptsächliche die Arbeitslosenunterstützung mit in besitzlich schwachen Kasernen befreit. Götzen entwerten gegen für die Arbeiter, ihre fördernde und erhaltende Kraft für die Organisation scheint man noch nicht erkennt zu haben. Die Schwierigkeit dieses Unternehmungswesens wird hier und da mit den „hohen Löhnen“ und den Sparzwecksetzungen der Arbeiter des öfteren zu erklären versucht. Diese Argumente sind mehr lächerlich als wahr. Sie zu

Bei den internationalen Künsten zahlten 64 Sterbegeld, 6 auch Sterbegeld für die Freuden der Mitglieder, 24 Krankengeld, 9 Weisunterstützung, 4 zahnten für Betriebsver sicherung und 6 unterstützten ihre Arbeitslosen (hier und da). Sie zahlten in dem Rechnungsjahr (1. Oktober 1966 bis 1. Oktober 1967) an Sterbegeld 1076050 Dollar, an Sterbegeld für die Freuden 42555 Dollar, an Krankengeld 712535 Dollar, für Versicherung des Betriebs 10926 Dollar und die arbeitslosen Mitglieder erhielten 26984 Dollar. Schon die Vertragsgültigkeit der Summen der letzteren fünf Kosten, die sich auf Vorauszahlungssumme des Mitgliedern verteilen, lässt unschwer erkennen, dass es sich hier nur um außergewöhnliche, von Fall zu Fall gewandte

* Es bedarf eins, daß der Schreiber, der Verfaßter des Berichtes, und
denn diese beiden Personen, die Stelle des Mitgliedes zu doch angegeben hat.
Dann die Mitglieder in den Gemeinderäten und städtischen Abgeordneten
sind zweimal gezählt, einmal in diesen Vereinigungen, und ein
anderes Mal als Mitglieder ihrer „internationalen“ oder nahezu

| | |
|---|------------------|
| Gehnämen (1. Oktober 1906 bis 1. Oktober 1907): | |
| Bestand am 1. Oktober 1906 | 113540,60 Dollar |
| Beiträge | 112256,06 |
| Diverse | 62092,26 |
| | 174330,22 |
| Gesamteinnahmen: 287870,82 Dollar | |
| Ausgaben: | |
| Laufende | 122350,35 |
| Diverse | 37410,49 |
| Gesamtausgaben: 159960,84 Dollar | |

Das ergibt an Saldo 127910 Dollar für dieses Jahr. Eine solche Summe konnte der Kassierer während des 26jährigen Bestandes der Föderation noch niemals aufweisen. Unter den Posten „laufende“ Ausgaben sind auch die Kosten der Agitation (meist Gehalte für die Organisatoren) mit 56737 Dollar und die Gehalte der Vorstandesbeamten, 28397 Dollar, enthalten.

Kun zu dem Kongress selbst. Er begann seine Verhandlungen am 7. November in Norfolk. Die Verhältnisse und der Wahlmodus der Delegierten bringen es mit sich, daß ein guter Teil Beamte, konservative Bürgermeister, in den Kongresssaal kommen. Über auch an die zwanzig Sozialisten erschienen mit Mandaten ihrer Gewerkschaften. Die letzteren hatten bei früheren Gelegenheiten die Geschäftigkeit, die Kongresse der American Federation of Labor für die Propagierung ihrer Ideen zu bemühen. Das war eine schlechte Gewohnheit, unfruchtbar und schädlich obendrein. Denn sie schürten zur Verhütung und trieben mit ihren unsachbaren, von Anfang und Verteilung getragenen Debatten die Sympathisierenden wieder weiter zu dem konservativen Haufen. So ein Kongresssaal hat für sozialistische Ideen eine gar schlechte Auktion. Zu überzeugen ist da niemand. Und für Reden durchs Fenster ist die Kongreßtribüne schon gar nicht zu benutzen, denn es fehlen die dazu nötigen Schalleiter, eine Presse.

Diesmal beschlossen die sozialistischen Delegierten gleich am Anfang, von ihren fehlern genannten Verfahren diesmal abzulassen. Und sie schickten ihrem Beschluss eine Begründung voraus, wie sie in europäischen Ländern schon vor Jahrzehnten bei ähnlichen Gelegenheiten gegeben worden waren. Dieser Beschluss kann jeden sozialistischen Gewerkschaftsmann mit Freude erfüllen. Es hätte noch mehr Freude gemacht, wenn er schon vor Jahren gefasst worden wäre. Sozialistisches Denken und Handeln muß den amerikanischen Gewerkschaftern draußen in den kleinen Unionversammlungen gelehrt werden. Gelegenheit bietet jede dieser Willige Ohren sind genügend vorhanden. Aber es darf nicht gefordert werden, daß die Unionen als solche Parteipolitik treiben sollen. Wer diese dennoch fordert, der beweist, daß er von der jahrzehntelangen Praxis der europäischen Gewerkschaftsbewegung nichts gelernt hat.

Die englischen Gewerkschaften hatten zwei „brüderliche Delegaten“ zum Kongress entsandt. Beide, Arbeitervertreter im englischen Unterhaus, sagten ihren Vetttern, den amerikanischen konservativen Unionisten, einige gediegene Worte für ihr Stammhaus. Sie sprachen gut und richtig. Ihre Worte dingen zuviel leicht spöttisch, im ganzen proletarisch ernst. Was deutet, wie hielten dieselben Worte vor einem knappen Jahrzehnt aus dem Munde deutscher Gewerkschafter gegenüber englischen Trades-Unionisten aus? Sprechen hören. Und heute hören wir die letzteren gerade so zu den Amerikanern reden. Welche glückliche Wendung der Dinge — in England!

Einen guten Teil ihrer Zeit verschwendeten die Kongressdelegierten im Kampfe gegen sich selbst. Der Streit der einen gegen die anderen rief der Redner gar viele auf die Bühne. Dadurch wurde Verhütung genug gefäßt. Auf diese widerwärtigen Debatten einzugehen ist unnötig. Sie haben kein Interesse und würden deutschen Gewerkschaftsleuten unverständlich klingen. Nur ein Beispiel anstatt weiterer Erklärungen:

Die Union der Brauer wurde mit ihren 40000 Mann aus der Föderation ausgegliedert, weil sie die mit ihren Mitgliedern in den Brauereien zusammenarbeitenden Heizer und Maschinisten aufgenommen hat. Die letzteren machen aber kein Bier — folglich hatte die Union die Grenzen überschritten. Und sie wurde ausgeschlossen, weil sie sich weigerte, den Heizern und Maschinisten die Bier zu weisen. Die Union bestand auf ihrer Ansicht, daß diese Leute technisch zu ihnen gehörten und für sie obendrein eine Zentralorganisation in den betreffenden Orten nicht befürchtet. Nach längeren, hitzigen Debatten wurde die Brauervereinigung dann endlich wieder zugelassen. Eine so glückliche Erledigung wie dieser Fall fanden viele von den anderen leider nicht.

Mit größter Spannung wurde der Antwort des Präsidenten der Föderation auf die unerhörten Anträge der Manufacturers Association entgegengesehen. In dieser Vereinigung ist die Schriftwechselreihe der Unternehmer vereinigt. In ihrem Beisein, die Arbeitersorganisation zu vernichten, nahmen sie zur Besteckung ihre Zufriedenheit. Die Ausstellung gefährlicher oder nützlicher Gegner ist von jeher eines der beliebtesten Mittel der amerikanischen Politik. Das hat genügt. Heute und überwiesert den Gefäßen an Händen und Füßen gebunden und zwang ihn zur Unterwerfung bis zum Grabe. Mit diesem Mittel wurde an Gompers operiert. Ein von dem Präsidenten jener Unternehmensorganisation gefandener Michaelson sollte Gompers zur Katerzeichnung eines Reichstagsbeschlusses veranlassen und ihm als Lohn seine Versorgung für alte Zeiten garantieren. Gompers ging scheinbar auf den Vorschlag ein, um den spiritus rector der schwierigen Sache in die Hände zu bekommen. Das mißlang leider. Der Hauptling der Schriftwechsler roch Lüne und befand die Überzeugung, daß diesmal nichts zu machen sei. Nun versuchte er, in einer Hochzeit von Verhandlungen Gompers und andere Beamte zu erläutern, diese Beamten missbrauchten ihre Stellung, um sich persönlichen Raum zu schaffen, dieses und ähnlichem konnte man in der Presse lesen.

Technisches Rundschau.

(Eisenbau und Magnetismus. — Neues Ventil für Ventile. — Eisenbau in Japan. — Zug- und Abtriebsverzweigung für Spindelpuffer. — Getriebeter Unterteiler. — Schleifkampfmaschine. — Neue Sandabschämmer. — Textil- und Elektrotechnik. — Motor- und dampftechnische Apparate.)

Es wird allgemein bekannt sein, daß die Verwendung von Eisen beim Bau von Schiffen nicht ohne Einfluß auf das gute Arbeiten des Kompasses ist. Wissenschaft und Technik haben hier der ganz merkwürdigen Erscheinungen, die nur durch schwierige Arbeit überwunden werden können. Die großen Eisenmäntel, die für die Schiffspräzision verwendet werden, sind fast immer magnetisch, sie nehmen während des Balances eine gewisse magnetische Ladung auf. Diese durch die Ladungswelle vorgeführten Folgerungsergebnisse legt sich trotz aller Vorsichtsmaßregeln nicht vermeiden. Man kommt nun diesem Übel folgendermaßen: Die Schiffe werden so angelegt, daß sie parallel zum Lagerorten magnetischen Felde der Erde liegen. Innerhalb bleibt die Eigenschaft eines eisernen Schiffes als eines Eisenmäntels für die Zuverlässigkeit der Kompassanzeige bedeutsam. Intensität ist folgender Fall eines in Beinen erbaute Schiffes. Dies gilt im Augenblick des Stapellaufs einem Magneten, dessen Intensität mehr als die Hälfte des Erdmagnetismus beträgt, obgleich schon daraus Bedacht genommen war, daß der Kiel in seiner Längsrichtung möglichst dem magnetischen Felde des Seewasser folge. Man gebraucht nur die Verfaßt, daß Schiff während der weiteren Ausbildung ähnlich um seinen Mittelpunkt zu drehen und so in verschiedenen Lagen eine Zeitlang zu belassen. Daraufgefolgt wurde der Magnetismus des Kompasses stark verändert. In einem anderen Falle wurde diese Sache nicht beachtet und so sollte es sich nach den Probejahren heraus, daß die Angabe des Hauptkompasses durch nicht weniger als seiten Nebenkompasse mit kompensierenden Magneten korrigiert werden müßten. Allgemein werden die um den Kompass angeordneten Metallteile aus einer Legierung von Nickel mit 25 Prozent Nickel hergestellt. Hergestellt soll die Empfindlichkeit des Kompasses auf 5% steigen. — Ein neues selbsttätigtes Ventil, das besonders für Verdichter

die beabsichtigte Wirkung blieb nicht aus. Das Vertrauen zweiter Gewerkschaftskreise zu ihren Beamten wurde schnell gelockt, mehr als man sich öffentlich zugesehen wollte. Das klingt unverständlich, ist aber nichtsdestotrotz so. Die Erklärung ist leicht zu finden. Bei den amerikanischen Unionen sitzt das Vertrauen nicht tief. Zu oft haben sie erfahren, daß sie einem Beamten alles Vertrauen schenken, der sich dann als Judas entpuppte. Die Liste der Union-Grafter (korrupte Gewerkschaftsbeamte) ist eine ziemlich lange. Und die allerletzte Zeit hat wieder solche Judas gebracht (zurzeit wieder bei den Maschinenschlossern und bei den Glasarbeitern). Und es ist nicht abzusehen, wann diese Eiterbeule am amerikanischen Gewerkschaftskörper verschwindet.

Kurz: Gründen genug zum Misstrauen. Gompers war es der Organisation schuldig, offen Stellung zu nehmen. Nebenbei bemerkt, von den schroffsten Gegnern, die Gompers im Arbeiterslager hat, wird an seiner Redlichkeit nicht im geringsten gezweifelt. Gompers' Flechtfertigung war vollkommen. Er zeigte, daß jene Unternehmerlique anderthalb Millionen Dollar zur Vernichtung der Unionen gesammelt, daß sie 12000 Pinkertons als „brüderliche Kameraden“ in den Werkstätten und Unionen zu Spionen dienten gefunden, daß sie der Föderation ein solch blutiges Schicksal zu bereiten trachten, wie die Schleimagnaten in Colorado der Besitzlichen Föderation der Bergarbeiter. Einziglich erhob der Kongres seine Stimme gegen die Schandtaten des Ausbeuterums. Gompers erhielt ein einstimmiges Vertratsvotum, sein Gehalt wurde von 3000 Dollar auf 5000 Dollar pro Jahr erhöht.

Wir haben der obigen Sache etwas mehr Worte gewidmet, um zu zeigen, wessen sich erst die Sozialisten im freien Amerika zu verfehren haben, wenn jetzt schon so etwas den guten, konservativen, patriotischen, so leise wie möglich auftretenden Bürgergewerkschaftern geschieht. Überaus wurde im Anschluß an die Debatte über diesen Gegenstand beschlossen, jedes Mitglied monatlich mit einer Steuer von 1 Cent zu belegen, deren Ertrag zu Maßnahmen gegen die Unternehmervereinigung verwendet werden soll.

Eine Anzahl angenommener Resolutionen stellen Forderungen an die Legislative dar. Es verlangt der Kongres die Schaffung einer Post�post durch den Staat, den Bau der Kriegsschiffe in den staatlichen Werkstätten, die Einführung von Postsparsachen, eine Weiterzahlung des vollen Arbeitslohnes für die in den Staatswerkstätten verbleibten Arbeiter und im Fallefall Abgabe des Lohnes während derselben Zeit für die Hinterbliebenen des Verunglückten. Des weiteren wird für die Arbeiter der Staatswerkstätten der freie Samstag nachmittag während der drei Sommermonate gefordert. In einer anderen Resolution wurde strenger Ausschluß der Japaner und der anderen asiatischen Arbeiter verlangt. Der Antrag, die Verstaatlichung der Bahnen und Minen in das politische Programm der Föderation aufzunehmen, wurde abgelehnt. Ein Antrag forderte ein Gesetz, das jedem Arbeiter vom 60. Jahre an eine Pension aus Staatsmitteln von nicht weniger als 10 Dollar pro Monat garantiere. Die Kosten dieser Altersversorgung sollen durch Erhöhung der Staatsanleihe aufgebracht werden. Der Antrag wurde dem Executive Council (Vorstand der Föderation) zur weiteren Ausarbeitung überwiesen. Der nächste Kongres wird endgültig darüber beschließen.

Der Einhaltsbeschuß bildet den Mühlstein am Halse der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Wollen Arbeiter trocken, wird es ihnen durch Einhaltsberecht verbieten. Wollen da die Elektriker in Westvirginia sich organisieren und in einer Lohnbewegung einzutreten, so wird es verboten es ihnen ein Einhaltsbeschuß bei fahrender Strafe. Was den Unternehmern unangenehm ist, suchen sie durch Einhaltsbeschuß zu befehligen. Dienstfertige Richter, die diese Dokumente aussieben, dürfen sie immer genug. Sie verstören zwar in der Regel gegen die Grundgesetze des Landes. Aber was will das heißen in Amerika?!

Gegen diesen Missbrauch ist, wie die Dinge heute liegen, nichts zu machen — dank der politischen Dummheit der Arbeiter rückt man die Überstände bis zur Unverträglichkeit. Samerlin soll von nun an jeder Kandidat erz um seine Meinung über diese Einhaltsbeschuße zu befragen, ehe er eines Unionarmes Stimme erhält. Auch dieses Mittel wird wenig fruchten. Seine Wirkung wird in ungeliebtem Verhältnis zu den Erwartungen stehen, die seine Befürworter daran trüpfen.

Zum Schlusse fanden noch diverse Resolutionen ohne allgemeine Interesse Annahme. Der Gehalt des Sekretärs wurde von 2500 auf 3000 Dollar erhöht und der des Schatzmeisters von 300 auf 500 Dollar. Die alten Beamten wurden sämtlich für das nächste Jahr wieder gewählt. Der nächste Kongressort ist Denver. Am 25. November wurde der Kongres nach fünfzehntägiger Tagung geschlossen.

Chagrin.

Zur Werstarbeiterbewegung.

Im Anschluß an den Artikel in Nummer 46 der Metallarbeiter-Zeitung, der den Verlauf der Bewegung auf den Norddeutschen Bildern bringt, bringen wir nunmehr einen Bericht über den Verlauf der Bewegung auf den Ostseewerften. Wenn die Verhandlungen auf den Norddeutschen Bildern schwierigkeiten bereiteten, so ist das in noch weit höherem Grade hier der Fall gewesen. Das liegt allerdings wesentlich am Organisationsverhältnis. Wäre in Stettin die Organisation ebenso gut wie in Homburg, so wäre es auch leichter gewesen, zu Verhandlungen mit den Unternehmern durch die Vertreter der Organisationen zu kommen. So aber wie die Dinge hier liegen, haben wir uns dabei bescheiden müssen, die Verhandlungen durch die Vertreter der Kaufleute, die gleichzeitig die Arbeiterschäftsvereine bildeten, vornehmen zu lassen. Es hat wegen direkter Vertretung ein mehrfaches gescheitert, in den Kot ziehen. Ein launiges Gewerke, zunächst regt sich der Regulator darüber auf, daß die bei den zweiten Verhandlungen gemachten Zugeständnisse nicht sofort durchgeführt werden sind. Das des gar nicht geht, füllt den Katen wieder einmal entweder nicht ein, oder wenn es ihnen eingehalten ist, so unterdrücken sie es absichtlich, dann sonst können sie ja nicht schimpfen!

Zu Rostock haben die Verhandlungen die größten Schwierigkeiten gemacht. Die Reaktionen war bekanntlich von den Arbeitern aus, die ein ganz hübscher Schritt nach vorwärts gemacht worden ist. Das die Hirsche ihre Quertriebverein nicht unterlassen können, versteht sich eigentlich von selbst. Aber vor die letzte Nummer (50) des Regulators liegt, wie dieses Blatt den Bericht des Stettiner Volksblatts — welcher Bericht natürlich nicht eine Zusammenfassung der ganzen Bewegung, sondern nur ein Bericht der letzten Ballanverhandlung ist und auch nur sein dem — bezieht, wer das liest und die Verhältnisse kennt, der kommt in der Verhöhnung dieses Blattes zu dem Schluß, daß er es bei seinem Nachnamen mit geistig normalen Menschen kaum noch zu tun hat. In einer Stadt wie Stettin, wo noch ein ungünstiges Organisationsverhältnis besteht, fallen die Erfolge tatsächlich Erwürgungen dar. Über das ist ja eben die Spikkuh und Katze der Hirschführer, man sagt, der große Metallarbeiter-Verein sollte sich mit diesen „Schäfernden“ nicht begnügen, es hätte Ernst gemacht werden müssen, und was dergleiche Blätter noch mehr ist. Wenn versucht also heimlich is, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereandes unzufrieden mit der Leistung zu machen, man will in Klub einfließen. Das aber sagen dieselben Leute, die so ohnmächtig und schwach sind, daß es ihnen unmöglich ist, auch das geringste selbst zu leisten. Wenn nicht mehr erreicht werden kann, wenn wie bei dem Befreitungen uns beschlagen müßten, so liegt das doch ehrig und allein an der großen Masse der nicht organisierten Arbeiter. Weder der Verein noch seine Leitung oder seine Mitglieder sind irgendwie dafür verantwortlich zu machen. Das müssen die Helden des Regulators so gut wie wir, aber sie müssen eben alles, was unerreichbar gescheitert, in den Kot ziehen. Ein launiges Gewerke, zunächst regt sich der Regulator darüber auf, daß die bei den zweiten Verhandlungen gemachten Zugeständnisse nicht sofort durchgeführt werden sind. Das des gar nicht geht, füllt den Katen wieder einmal entweder nicht ein, oder wenn es ihnen eingehalten ist, so unterdrücken sie es absichtlich, dann sonst können sie ja nicht schimpfen!

Zu Rostock haben die Verhandlungen die größten Schwierigkeiten gemacht. Die Reaktionen war bekanntlich von den Arbeitern aus, die ein ganz hübscher Schritt nach vorwärts gemacht worden ist. Das die Hirsche ihre Quertriebverein nicht unterlassen können, versteht sich eigentlich von selbst. Aber vor die letzte Nummer (50) des Regulators liegt, wie dieses Blatt den Bericht des Stettiner Volksblatts — welcher Bericht natürlich nicht eine Zusammenfassung der ganzen Bewegung, sondern nur ein Bericht der letzten Ballanverhandlung ist und auch nur sein dem — bezieht, wer das liest und die Verhältnisse kennt, der kommt in der Verhöhnung dieses Blattes zu dem Schluß, daß er es bei seinem Nachnamen mit geistig normalen Menschen kaum noch zu tun hat. In einer Stadt wie Stettin, wo noch ein ungünstiges Organisationsverhältnis besteht, fallen die Erfolge tatsächlich Erwürgungen dar. Über das ist ja eben die Spikkuh und Katze der Hirschführer, man sagt, der große Metallarbeiter-Verein sollte sich mit diesen „Schäfernden“ nicht begnügen, es hätte Ernst gemacht werden müssen, und was dergleiche Blätter noch mehr ist. Wenn versucht also heimlich is, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereandes unzufrieden mit der Leistung zu machen, man will in Klub einfließen. Das aber sagen dieselben Leute, die so ohnmächtig und schwach sind, daß es ihnen unmöglich ist, auch das geringste selbst zu leisten. Wenn nicht mehr erreicht werden kann, wenn wie bei dem Befreitungen uns beschlagen müßten, so liegt das doch ehrig und allein an der großen Masse der nicht organisierten Arbeiter. Weder der Verein noch seine Leitung oder seine Mitglieder sind irgendwie dafür verantwortlich zu machen. Das müssen die Helden des Regulators so gut wie wir, aber sie müssen eben alles, was unerreichbar gescheitert, in den Kot ziehen. Ein launiges Gewerke, zunächst regt sich der Regulator darüber auf, daß die bei den zweiten Verhandlungen gemachten Zugeständnisse nicht sofort durchgeführt werden sind. Das des gar nicht geht, füllt den Katen wieder einmal entweder nicht ein, oder wenn es ihnen eingehalten ist, so unterdrücken sie es absichtlich, dann sonst können sie ja nicht schimpfen!

In Danzig und Elbing ist es zu Verhandlungen nicht gekommen. Das Organisationsverhältnis ist dort zu schlecht, das irgendwelche Mittel zur Errichtung eines Erfolges nicht anzuwenden waren. Dort bedarf es noch einer richtigen Organisations- und Agi-

zurückhaltung. Die Verhandlungen stellten sich eben auf den Standpunkt, daß bei den Einzelverhandlungen die Vertreter der Organisationen ausscheiden. Trotz allem aber ist auch hier die neu einnahmehilfende Arbeitszeit, auf allen Werften (mit Ausnahme von Danzig und Elbing) eingeführt worden. In Stettin auf dem Vulkan seit dem 1. Oktober, bei Rücksicht und auf den Werken seit dem 15. Oktober, und in Rostock seit dem 4. Dezember. Die Völke sind derart erhöht worden, daß ein Mindererfolg durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintritt. Für die einzelnen Orte sind noch die nachfolgenden Belehrungen und weiteren Zugeständnisse eingetreten.

In Stettin hatte die Direktion des Vulkan nach Abschlag die Verkürzung der Arbeitszeit befürchtet. Da aber nichts weiter als die Verkürzung mit der entsprechenden Lohnzulage (vgl. Nummer 39 der Metallarbeiter-Zeitung) bewilligt war, beschloß die Arbeiter in drei zahlreich besuchten Versammlungen, den Arbeiterausschuß zu beauftragen, nochmals Verhandlungen zu beantragen, um ihre übrigen Wünsche vorzutragen. Diese Verhandlungen zogen sich einige Wochen hin und endeten damit, daß bei Reparaturarbeiten ein Aufschlag für Überstunden in der Höhe von 25 Prozent, bei Nacharbeit von 50 Prozent, bewilligt wurde. Bei Neubauten bleibt es beim alten Satz von 20 Prozent. Außerdem wurde zugesagt, daß die Verkürzung der Stundenlöhne, die zum Teil auf halbe Pfennige festgelegt sind, demnächst auf ganze Pfennige erhöht soll. Überhaupt sollen die Arbeiter die Befürchtungen, die bisher zum Scheben der Arbeiter zu unsangreich waren, verkleinert werden. Für die Arbeiter, die ständig in Stundenlöhnen arbeiten, wurden Schmerzhöhungen zugesagt. Zur hygienischeren Beziehung sollen fortlaufend Verbesserungen vorgenommen werden, für die der Arbeiterausschuß Vorschläge machen soll.

Die Verhandlungen stellten sich eben auf den Standpunkt, daß bei den Einzelverhandlungen die Vertreter der Organisationen ausscheiden.

Trotz allem aber ist auch hier die neu einnahmehilfende Arbeitszeit, auf allen Werften (mit Ausnahme von Danzig und Elbing) eingeführt worden. In Stettin auf dem Vulkan seit dem 1. Oktober, bei Rücksicht und auf den Werken seit dem 15. Oktober, und in Rostock seit dem 4. Dezember. Die Völke sind derart erhöht worden, daß ein Mindererfolg durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintritt. Für die einzelnen Orte sind noch die nachfolgenden Belehrungen und weiteren Zugeständnisse eingetreten.

In Stettin hatte die Direktion des Vulkan nach Abschlag die Verkürzung der Arbeitszeit befürchtet. Da aber nichts weiter als die Verkürzung mit der entsprechenden Lohnzulage (vgl. Nummer 39 der Metallarbeiter-Zeitung) bewilligt war, beschloß die Arbeiter in drei zahlreich besuchten Versammlungen, den Arbeiterausschuß zu beauftragen, nochmals Verhandlungen zu beantragen, um ihre übrigen Wünsche vorzutragen. Diese Verhandlungen zogen sich einige Wochen hin und endeten damit, daß bei Reparaturarbeiten ein Aufschlag für Überstunden in der Höhe von 25 Prozent, bei Nacharbeit von 50 Prozent, bewilligt wurde. Bei Neubauten bleibt es beim alten Satz von 20 Prozent. Außerdem wurde zugesagt, daß die Verkürzung der Stundenlöhne, die zum Teil auf halbe Pfennige festgelegt sind, demnächst auf ganze Pfennige erhöht soll. Überhaupt sollen die Arbeiter die Befürchtungen, die bisher zum Scheben der Arbeiter zu unsangreich waren, verkleinert werden. Für die Arbeiter, die ständig in Stundenlöhnen arbeiten, wurden Schmerzhöhungen zugesagt. Zur hygienischeren Beziehung sollen fortlaufend Verbesserungen vorgenommen werden, für die der Arbeiterausschuß Vorschläge machen soll.

Die Oderwerke und die Firma Rücksicht & Co. haben dieselben Forderungen bewilligt respektive schon bei früheren Verhandlungen erklärt, daß sie das, was der Vulkan bewilligt, auch einführen. Überhaupt arbeiten die drei Direktionen in bezug auf die Festlegung der Arbeitsverhältnisse stets zusammen, so daß, wenn bei den Oderwerken oder bei Rücksicht etwas gefordert wird, letzter oder doch fast letzter die Antwort gegeben wird, daß die Wünsche erfüllt werden sollen, wenn die Direktion des Vulkan dieselben Zugeständnisse macht. Spezialörtische sind natürlich davon ausgenommen. So hat die Direktion der Oderwerke die Regulierung der Arbeitspreise zugesagt, und es soll auch von den Arbeitern streng darauf gehalten werden, daß sie die Akordzettel stets bei Übernahme der Arbeit erhalten. Bei Rücksicht

tationsarbeit, ehe wir helfend eingreifen können. Das Feld ist allerdings auch so schwer zu bedecken, daß Menschenmaterial ein Zeitzettel, daß die Agitationserfolge nur recht langsam sich zeigen werden. Demgemäß hat dort das Streben nach besseren Verhältnissen einstweilen nicht viel Aussicht auf Erfolg.

„Arge Ausschreitungen“ in der Maximilianshütte.

Wie wir bereits in Nr. 44 (Seite 355) der Metallerbeiter-Zeitung berichteten, ist es in der Maximilianshütte (Bayern, Oberpfalz) zu Differenzen gekommen. Man wird sich darüber nicht wundern, wenn man in Betracht zieht, daß dort Taglöhne von 2,40 Pf. vorkommen, daß der Betrieb im letzten Geschäftsjahr 27 Prozent Dividende abwarf konnte und daß das ganze Werk beim letzten Geschäftsjahr mit 1 Mt. zu Buch stand. Es erfolgte jedoch nicht, wie wir damals mitteilten, eine Arbeitseinstellung, sondern am 25. Oktober wurden plötzlich 500 bis 600 Arbeiter ausgesperrt, weil sie nach den ergebnislos gebliebenen Verhandlungen nicht sofort die Arbeit wieder aufnahmen. Dieses rigorose Vorgehen der Direktion brachte die Sympathie der örtlichen Bevölkerung auf die Seite der Ausgesperrten. 25 „christliche“ weigerten sich darauf, weiterzuarbeiten. Auch sie nutzten das Werk verlassen. Die Solidarität der „christlichen“ war aber nicht von langer Dauer. Schon etwa vierzehn Tage nach Beginn der Aussperrung hielt es, sie hätten sich nur „Urlaub“ geben lassen. Am 27. November nahmen sie die Arbeit wieder auf. Sie waren sich dessen bewußt, daß sie damit Arbeitsverrat verübtet, denn am 24. November hielten in einer in Schwandorf abgehaltenen Versammlung drei „christliche“ Referenten erklärt, daß die Lohnforderungen berechtigt seien. Dies sollte nun auf einmal nicht mehr wahr sein und in der Zentrumsversammlung begann eine Hetze gegen die Streikenden; Verhandlungen führten ein, mit der offensiven Absicht, die Bewegung zu Falle zu bringen, um nachher triumphieren zu können. Die von der Firma glücklich ergatterten Hausteuer, fast durchweg minderwertige Arbeiter oder Empänner von Unternehmern und Wohltataten, Bewohner von Fabrikwohnungen, waren mit Hilfe der gelehrten Arbeiter aus den Reihen der 25 „christlichen“ in der Lage, einige Teile des Betriebs notdürftig aufrecht zu erhalten. Als „Belohnung“ erhielten sie täglich 20 Pf. Zulage und 5 Pf. monatlich Leistungszulage. Damit hat die Direktion ausdrücklich angedeutet, daß die früher bezahlten Löhne ungültig waren.

Nun begannen die Arbeitswilligen die Ausständigen zu verbünden und zu provozieren. Als in der zweiten Woche des Dezember bei einer wiederum angebahnten Eingangsverhandlung die bedingungslose Aufnahme der Arbeit verlangt, die Einstellung von nur ärztlich befund erklärten Arbeitern angekündigt wurde, was die immerwährende Ausperrung der durch 20 bis 30, ja 35-jährige Arbeit in der Hütte ausgemergelten Leute bedeuten würde, da sie die Erregung und Schädigung der Ausgesperrten am höchsten. Sie waren zufrieden gewesen, wenn ihnen das bewilligt worden wäre, was man jetzt den Ausgesperrten gewährte. Die Arbeitswilligen wurden infolgedessen immer frecher und eines Abends wartete die dem Vertrauensmann der Ausgesperrten in Tempis die Fenster ein. Die erbitterten Ausgesperrten ließen sich dadurch hinausziehen, den Arbeitswilligen fast familiär empfänger einzutragen. Darauf griff ein Arbeitswilliger zum Revolver und schoß zum Hanse heraus. Das brachte nun am 12. Dezember fast sämtliche Ausgesperrten auf die Beine. Zu Gruppe von 50 bis 50 Mann ließen sie die Arbeitswilligen Späler laufen. Bei dieser Gelegenheit war nun da oder dort ein einzelner mit Steinen nach den in schwamlos frecher Weise eindringenden Arbeitswilligen. Ausserdem hörten die Enden zwei fünf Schüsse fallen, die nach deutlicher Behörnung in die Luft gerichtet waren, keiner ist noch da und dort hin und wieder ein einzelner Schuß gesessen, ob von den Ausgesperrten oder von den Arbeitswilligen, ist nicht festgestellt. Am Abend fiel nun doch den Ausläufern der Gewaltmänner insgesamt nur sechsmal Schüsse gefallen, und zwar verteilte am längeren Zeitraum auf ein weites Gebiet. Beleidigt wurde durch Schüssewaffen niemand, es ist das „formelle Gewerkefecht“ der christlichen Freiheit. Dagegen ist dies über fast Arbeitswilligen durch Steinwurfschüsse verübt worden.

Derartige Gewalttaten sind selbstverständlich nicht zu dulden und die Leitung hat auch alles angeboten, um sie zu verhindern. Man muß aber bedenken, daß die ganze Bevölkerung das Prinzip sehr „christlicher“ Erziehung ist. Konservatoren und Schlägergruppen waren in jener Gegend oft vor. Diese werden also durch das Prinzip in sehr reichem Maße geprägt. Christentum nicht verhindern interessiert in es jedoch, daß den dort ein seit zwei Jahren vorhandenen christlichen Metallerbeiter-Verband von den Gewaltmännern des Prinzips gestoppt wird, daß dessen Mitglieder sich fast gar nicht mehr an den gewohnter Wirtschaftsunternehmen beteiligen. Arbeitswilliger wurden aber von Seiten, die die ganze „christliche“ geprägt zu haben glauben, die grausigen Schlägereien und die „Märsche“ der Ausgesperrten verurteilt. Man sieht von Anfang an, daß die Gewaltmänner einen sozialen und politischen Verstand fehlten, von einem formellen Gewerkefecht, von den geplanten Sätzen aus die Freiheit zu. Diese schändlichen Verbrechen sind es auch geprägt, daß das Prinzip angewandt, ja militärisch requirierte werden. Richtig davon ist wohl, daß der dortigen Gegend nationale Gewaltmänner, die sich unter dem Namen der ganzen Stadt sehr verantwortlich benommen hat, bei den Ausläufern ausgereicht. Das alles hat die von den „christlichen“ hierher bediente Regierungserziehung eben durchaus nicht gehalten, sonst drohtet zu schwören.

Der „christliche“ Seite kommt auch der Schmied, der Erzeugung der Ausgesperrten sowie daher, daß die Unterhaltung für Gewaltmänner täglich um 50 Pf. gestoppt und die für Arbeit geringer gestellt worden sei; diese erhielten nur noch Sechzigpf., damit sie anderweitig Arbeit finden könnten. Und diese Behauptung ist

zweiter durch seine Unmöglichkeit der Erstellung von Speziesgeldern bestätigt, die die Quelle der Straffälligkeiten und Gewalttaten sind. Der Schmied wird also am leichtesten überredet. Nachdem im Schmiede ergibt der Gewaltmänner keinen Gegenstand, er kommt für eine gewisse Stützungssicherheit, wenn durch die Fertigung die erwünschte und gewünschte Sicherheit und solche Sicherheit werden kann, ohne daß eine Sicherheit der Sicherheit des Schmiedes erforderlich ist. Die Erzeugung ist dann, daß der Schmied eine gewisse Sicherheit und einen Nutzen aus den zusätzlichen Sicherheiten auf dem Schmieden Sicherheitsapparatus wird durch Anbringen einer 1 bis 1½ Zentimeter hohen Stütze aus Speziesgeld auf die Seite verhindert werden.

Der Name Régain & Co. Metallgesellschaft in Sitten eine Kohlenstampfmaschine patentiert haben, bei der der Stampfer durch Spannung betrieben wird. Bei der Maschine erfolgt hier der Stampfverzug in bekannter Weise bei jeder Schlagfolge Schlag, da die Stütze des Spannungs, wenn die Stampfmaschine gefüllt ist, so dass gewollt ist, daß der Stampfmaschine vollständig und leicht aufgeladen werden kann, ohne daß eine Sicherheit der Sicherheit des Schmiedes erforderlich ist. Die Erzeugung ist dann, daß der Schmied eine gewisse Sicherheit und einen Nutzen aus den zusätzlichen Sicherheiten auf dem Schmieden Sicherheitsapparatus aus der Sicherheit des Schmiedes erhält, ohne daß eine Sicherheit auf beide Seiten des Schmiedes besteht, sondern nur auf die Seite des Schmiedes, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine ist unabhängig von der Sicherheit des Schmiedes und der Schmiede kann durch Sicherheit des Schmiedes die Sicherheit auf der Sicherheit der Stampfmaschine auf beide Seiten des Schmiedes herstellen, während die Seite des Schmiedes auf der Sicherheit der Stampfmaschine, auf die keine Spannung geübt wird, mit der Maschine in Betrieb bringt. Die Sicherheit ist auf mechanischer Weise auf der Sicherheit der Stampfmaschine, das ist, die Sicherheit der Stampfmaschine

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Streitümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 29. Dezember der 1. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Dezember 1907 bis 4. Januar 1908 fällig ist.

* * *

Das Material für die Wornahme der Berufs-, Alters- und Mitgliedschaftsstattif ist zum Verband gelangt. Sollte eine Verwaltungsstelle nicht im Besitz der Fragebogen sein, ist das sofort mitzuteilen.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
Der Schlosser Otto Bulowski, geb. am 11. Dezember 1845 zu Neumarkt, Buch-Nr. 997583, wegen Unterhöhlung;
der Schlosser Max März, geb. am 26. September 1879 zu Trotha, Buch-Nr. 574242, wegen Streitbruch.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dresden:
Der former Frz. Matalajczyk, geb. am 1. Januar 1884 zu Kroitschin, Buch-Nr. 947388, wegen Betrug.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mühlhausen i. Th.:
Der Maschinenformer Max Ebel, geb. am 9. Oktober 1870 zu Kroitschin, Lit. A. Buch-Nr. 4378;
der former Wilh. Hollbach, geb. am 7. Juli 1883 zu Mühlhausen i. Th., Buch-Nr. 698270;
der Maschinenformer Bernh. Jakob, geb. am 12. April 1875 zu Mühlhausen i. Th., Lit. A. Buch-Nr. 137523;
der former Georg Moschau, geb. am 18. Januar 1866 zu Mühlhausen i. Th., Lit. A. Buch-Nr. 4387;
der Maschinenformer Theodor Schleiz, geb. am 2. November 1865 zu Seelach, Buch-Nr. 898221;
der Maschinenformer Herm. Schreiber, geb. am 12. Oktober 1874 zu Sonderhausen, Lit. A. Buch-Nr. 137541;
der Maschinenformer Karl Wand, geb. am 23. Mai 1878 zu Übermehler, Lit. A. Buch-Nr. 4392;
der former Otto Wagner, geb. am 3. Juli 1882 zu Langensalza, Lit. A. Buch-Nr. 137563, sämtlich wegen Streitbruch;
der former Rich. Genzel, geb. am 16. Oktober 1880 zu Barmen, Buch-Nr. 312280, wegen Sperrbruch.
(Diese neun Männer sind von Mühlhausen abgerückt.)

Nicht wieder angenommen werden dürfen:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
Der Schleifer Oskar Trenner, geb. am 17. September 1886 zu Ulla, Buch-Nr. 995429, wegen unkollegialem Verhalten;
der Schlosser Gust. Envald, geb. am 21. Dezember 1856 zu Crostau, Buch-Nr. 986161;
der Schlosser Reinh. Buschke, geb. am 21. Juli 1861 zu Sommerfeld, Lit. A. Buch-Nr. 124330, beide wegen Nichteinhaltung gesetzter Werkstattbeschlüsse.

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
Der Klemperer Friz Krause, geb. am 10. September 1882 zu Wechungen, Buch-Nr. 933768, wegen unkollegialem Verhalten.

Wieder angenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe:
Der Maschinenarbeiter Joh. Zöller, geb. am 15. Dezember 1867 zu Bulach.

Aufforderung zur Rechtsfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe:
Der Schmied Urban Pistorius, geb. am 24. Mai 1887 zu Hammern (Steirm.), Lit. A. Buch-Nr. 274650, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lüdenscheid:
Der Schiffsmechaniker Paul Maas, geb. am 30. Juli 1876 zu Berlin, Buch-Nr. 872576, wegen Unterhöhlung.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16b zu richten; auf dem Postabtschrift ist genau zu bewerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! + Zugang ist fernzuhalten:

von Juweliere- und Goldarbeitern nach Paris Et.;
von chirurgischen Instrumentenmachern nach Tuttlingen (Schmelzhof) 2;

von Drehern, Hoblern, Bohrern nach Bauteilen (Industriewerk); von Formern, Eisengiehierarbeitern und Kernmachern nach Blankenburg (Harzer Werke) Et.; nach Elbing (Schichauerwerk) Mi.; nach Karlsruhe (Fa. Bawald und Fa. Liefenbach) 2.; nach Ratibor (Stahlgiesserei Ganz & Co.) 2.; nach Wolfsbüttel (Zuckerwerke) Et.; nach Börnecke a. H. (Harzer Werke) Et.; von Gold- und Silberarbeitern nach Pforzheim (Fa. G. Möller Nachfolger) 2.;

von Graveuren nach Zürich 2.; von Klempnern, Glaschläfern, Spiegeln und Installsatenten nach Magdeburg; nach Osnabrück und Königsberg i. Pr. (Gasmesserfabrik Kromschröder) Et.; nach Zürich;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Fa. Göttlieb) Et.; nach Blankenburg Et.; nach Durlach (Seebold & Reiß) 2.; nach Elbing (Schichauerwerk) 2.; nach Hamburg-Hammerteich (Mühlenbonnial und Maschinenfabrik Schule) Et.; nach Heilbronn (Camerawerke, Inhaber: Kötter & Mayer) 2.; nach Horberg (Schleifer & Co.) 2.; nach Leipzig-Anger (Penzig & Co., Buchbindereimöbelfabrik) Et.; nach Cölnberg und Magdeburg 2.; nach Mülh. i. Sa. (Metallwarenfabrik) 2.; nach Oberhausen bei Augsburg (Heine & Reiss); nach Paris; nach Pforzheim (Maschinenfabrik G. Mehl und nach Werkstatt R. Großmann) 2.; nach Roßlau a. E. (Lohengel) 2.; nach Bad Rothenfelde Et.; nach Rostock (Zur Redden & Haedige, Drahtgesellschaft) 2.; nach Rottenburg a. N. (Fa. Grimal, Wüschken) Et.; nach Salzungen; nach Sangerhausen 2.; nach Singen a. H. (Eisen- und Stahlwerke, vom Fischer & Co., Gürtelfabrik) 2.; nach Solingen; nach Tuttlingen (Fa. Hettich, Metallhof) 2.; nach Börnecke a. H. Et.;

von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldborten;

von Silberarbeitern nach Hanau a. Main;

von Uhrenarbeitern nach Lenzkirch und Schwenningen 2.

(Die mit 2. und Et. bezeichneten Orte sind Sitzgebiets, die überhaupt zu meiden haben; v. Et. heißt: Sitz in Ansicht; 2.: Lohnbewegung; 2.: Auspaltung; 2.: Differenzen; 2.: Maßregelung; 2.: Misshandlung; 2.: Lohn- oder Wafford-Reduktion; 2.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Elektromontoure.

Berlin. (Die Lohnbewegung der Elektromontoure.) Schon seit langem war es der Wunsch der organisierten Elektromontoure Berlins, die bestehenden Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Jedoch bei dem Indifferentismus, der einen großen Teil der Berliner Kollegen beherrschte, war es nicht möglich, früher eine Bewegung größerer Stiles zu unternehmen. Woßl hatte bei einigen Firmen, wo das Organisationsverhältnis der Kollegen einigermaßen zufriedenstellend war, die Berliner Ortsverwaltung es durchgesetzt, teils auf dem Wege der Verhandlung, teils durch Streiks, daß die Verhältnisse bezüglich Arbeitszeit und Verdienst verbessert wurden, jedoch kam dies bei der Anzahl der Betriebe in Berlin nicht in Betracht. In diesem Jahre, anfangs August, glaubten die Vertrautestenmänner der Elektromontoure die Zeit für gekommen, mit einer Lohnverbesserung zu beginnen, weil die Konjunktur eine gute war und verschiedene Unternehmern so manchen Kollegen bei der Forderung nach Erhöhung des Verdienstes antworteten: „Ja, wenn alle Unternehmern denselben Lohn bezahlen wie ich, dann wäre ich gar nicht abgängig, den gegenwärtigen Verdienst zu erhöhen.“ Ferner wurde von mehreren Unternehmern immer gesagt, daß die Konkurrenz, speziell die Großbetriebe, wegen der niederen Entlohnung sehr wohl in der Lage sind, die Arbeiten zu bedeuten niederer Preisen ausführen zu können. Deshalb glaubten die Kollegen, daß es auch einem Teile der Unternehmern sehr vollkommen wäre, wenn durch einen allgemeinen Tarifvertrag die Arbeitszeit und der Verdienst der Elektromontoure und Hilfsmontoure gleichmäßig geregelt würden. Wenn man nun noch in Betracht zieht, daß sich die Unternehmern die Ausführung der Montage mit 1 Mt. bis 1,50 Mt. die Stunde vor den Kunden bezahlen lassen, den Monturen jedoch nur 35 bis 50 Pf. die Stunde zahlen, dann ist es doch begreiflich, daß eine Erhöhung des Verdienstes der Arbeiter den Unternehmern nicht schwer fallen würde. — Anfangs September wurde eine Versammlung der Berliner Elektromonture abgehalten, die von circa 600 Kollegen besucht war. Der Referent, Kollege Hardt, der die Zustände bei den verschiedenen Firmen schilderte, bemerkte besonders, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß bei den Unternehmen eine Art von Tariffreundlichkeit vorhanden sei, denn in den Elektrotechnischen Nachrichten wäre folgendes zu lesen bewiesen: „Gewiss haben da und dort die Beziehungsverhältnisse der Kontrahenten die Unternehmern gezwungen, den früheren Standpunkt aufzugeben, aber es wäre falsch, diesen sich vollziehenden Umstieg in der Einschauung nicht auch höherer sozialer Einsicht zuzuschreiben, die auf Grund der Erfahrungen bei Lohnkämpfen und bei Verhandlungen der Parteien gewonnen worden ist. Aus begreiflichen Gründen wird ja dies von Unternehmern und Betriebsleitern nicht so allgemein und offen zugegeben, ein Teil verzieren aber, die Lohnunterschiede durchgeführt und zum Abschluß gebracht haben, bezeugt, daß sie es viel lieber mit einem geschulten Betriebsleiter zu tun haben wollen als mit einer Gesellschaft unorganisierter Arbeiter, die nicht wissen, was sie wollen.“ Wenn auch diese Ansicht, so führte der Referent aus, nicht die selbständige Meinung der Redaktion sei, sondern aus dem Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten für Württemberg hergeleitet ist, so sei es doch bemerkenswert, daß diese Aussage ohne Kommentar von der Redaktion der Elektrotechnischen Nachrichten veröffentlicht wurde. Man könnte daher wohl annehmen, daß auch ein Teil der Berliner Unternehmert der Abschließung eines Tarifvertrags mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht abgeneigt sei. Dieser Meinung waren auch sämtliche Diskussionsredner. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 9. September tagende öffentliche Versammlung der Elektromonture und Berufsgenossen Berlins und Umgegend erklärt, daß in Abredezt der immer teurer werdenden Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft es notwendig ist, daß eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ihres Berufs veranlaßt wird. Mit Rücksicht darauf, daß eine Reihe von Unternehmen die Notwendigkeit der Verbesserung der sozialen Lage für die Arbeiter erkannt haben, es auch den Firmen der Elektromontage sehr leicht möglich ist, eine derartige Veränderung der Arbeitsverhältnisse einzuführen, beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Verbindung mit der Agitationskommission in geeigneter Weise mit den Unternehmern Verhandlungen anzubauen, damit die Arbeitsverhältnisse derartig werden, wie man es nach den gegenwärtigen Zeitenverhältnissen beanspruchen kann.“ — Einige Tage später wurde etwa 80 Unternehmern eine Tarifvorlage zugelebt mit einem Begleitschreiben und bis zum 18. September Antwort erbeten. In dem Begleitschreiben wurde gleichfalls betont, daß wir zu Verhandlungen zur Abschließung eines Tarifvertrags bereit wären. Nach unserer Tarifvorlage sollte in Zukunft eine neuständige Arbeitszeit eingeführt werden. Ferner verlangten wir einen Mindestlohn für Monture von 65 Pf. für Hilfsmonture von 50 Pf. pro Stunde. Auch wurde ein prozentualer Zuschlag für Überstunden gefordert, ebenso sollte der Zuschlag für auswärtige Montage und die Entschädigung für Fahrtzeit und Fahrtgehd geregelt werden. Unfalt uns einer Antwort zu würdigen, hatten die Unternehmert es vorgezogen, einer Einladung der Allgemeinen Elektrizitätsgeellschaft folge zu leisten, um in der von dieser Firma veranstalteten Versammlung der Installationsfirmen Berlins und Umgegend zu unserer Tarifvorlage Stellung zu nehmen. Zu dieser Versammlung, die am 16. September stattfand, waren circa 70 Unternehmert anwesen, unter anderem auch der bekannte Herr H. Raffé (Sekretär des Arbeitgeberverbandes in der Gussmetallindustrie). Nachdem Herr Dr. Felinger von den Siemens-Schuckertiweren den einleitenden Vortrag gehalten hatte, der dahin ging, unter keinen Umständen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu verhandeln, sondern eine lebhafte Diskussion statt. Nun sind wir zwar nicht in der Lage, einen genauen Bericht über diese Versammlung an dieser Stelle zu geben, jedoch so viel können wir mitteilen, daß es erst verschiedener beschwichtigender Reden bedurfte, bevor ein Teil der Unternehmert sich damit einverstanden erklärte. Danach wurde beschlossen: 1. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband auf sein Schreiben betreffend Abschließung eines Tarifvertrags nicht zu antworten. 2. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband keinen Tarifvertrag abzuschließen. 3. Wenn gestellt wird, jeden freikommenden Arbeiter dem Arbeitsnachweis der Metallindustrien (der Kühnemänner) zu melden und keinen Arbeiter ohne Handchein einzulassen. Weiter wurde beschlossen, keine Mitteilung von dieser Versammlung an die Presse zu senden. Mit diesem letzten Beschluss haben die Unternehmert bewiesen, daß ihre Beschlüsse die Öffentlichkeit nicht vertragen können. Wenn man bedenkt, daß von Sozialpolitiker jeder politischen Richtung, von Gewerbeinspectoren u. s. w. die Bedeutung der Tarife rückhaltlos anerkannt wird, dann kann man den Beschluss der Unternehmert von ihrer Stellungnahme in dieser Sache nicht einmal etwas in die Öffentlichkeit bringen zu lassen, wohl verstehen. Sie werden wohl so eine Art Schamgefühl über ihre rückständigen Ansichten empfinden haben. Für uns war es nun Pflicht, zu versuchen, trotz der ablehnenden Haltung der Unternehmert eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durchzuführen. In diesem Zweck fand gegen Ende September eine stürzige Besprechung statt der Kühnemännerkonferenz der Elektromonture statt, die zu der ablehnenden Haltung der Unternehmert Stellung nahm. Diese Konferenz brüllte mit allen gegen fünf Stimmen, von einer einheitlichen Bewegung Abstand zu nehmen, sondern in den Werkstätten, wo es die Kollegen wünschen und die Organisationsverhältnisse es einigermaßen gestatten, eine Lohnbewegung zu veranlassen. Für diesen Beschluss war zweierlei maßgebend: ersten hatten die Unternehmert durch ihren Beschluß zweitens bewiesen, daß sie es eventuell auf einen langen Kampf ankommen lassen würden; dazu erschienen uns die Verhältnisse nicht so günstig, daß wir auf einen Erfolg rechnen konnten. Denn durch den Bauarbeiterstreik und die allgemeine schlechte wirtschaftliche Konjunktur war auch unsere Position schlechter geworden. Dann war bei verschiedenen Firmen, die eine ziemliche Anzahl von Kollegen beschäftigten das Organisationsverhältnis nicht günstig. Es wurden nun Beratungssitzungen abgehalten, Kommissionen gewählt, die in Verbindung mit einem Verbandsvertreter bei den betreffenden Unternehmert über Abschließung eines Tarifvertrags verhandeln sollten. Diese Zahl wurde allgemein beobachtet und nun keiste es für die Konferenz, daß die Konkurrenz auch tun würde. Denn diese „böse Konkurrenz“ (das heißt die anderen Unternehmen) bezahlte noch viel weniger und sei deshalb in der Lage, die Arbeiten viel billiger auszuführen. Wenn wir auf diese Redensarten der einzelnen Unternehmert erwiederten, daß wir doch allen in Frage kommenden Firmen die Tarifvorlage unterbreiten und die Unternehmert doch selbst in der Lage wären, zu beschließen, mit unserem Verband einen Tarifvertrag zu vereinbaren und dadurch der „bösen Konkurrenz“ das Handwerk zu legen, dann antworteten die Herren entweder nur mit einem Achselzucken oder entschuldigten sich mit allerhand Redensarten. Mehrere Unternehmert lehnten allerdings die Verhandlungen mit einem Organisationsvertreter ohne weiteres ab mit der Begründung, daß sie kein gelungen, durch diese Verhandlungen bei einer ganzen Reihe von Firmen Verbesserungen für unsere Kollegen zu erzielen. Bei zehn Firmen, die circa 220 Kollegen beschäftigen, wurde die Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag verkürzt, statt der zehn Stunden wurde die neunstündige eingeführt. Auch ist es gelungen, den Verdienst zu verbessern. Zusammen wurde bei 16 Firmen mit 370 Elektromonturen eine Lohnverbesserung von 15 bis 20 Prozent erreicht. Die Bezahlung der Überstunden wurde gleichmäßig geregelt, ebenso die Bezahlung für Sonn- und Feiertagsarbeit. Für die ersten zwei Überstunden werden 25 Prozent Zuschlag bezahlt, für die übrigen 50 Prozent. Sonn- und Feiertagsarbeit wird mit 75 Prozent Zuschlag vergütet. Diese Vorteile haben wir auf dem Verhandlungsweg erreicht. Nur bei einer Firma ist es zum Streik gekommen, die es abgelehnt hatte, mit einem Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmeninhaber mitteilte, ließ, daß, wenn bis Abend kein bindender Vertrag vorliege, die Kollegen am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, ließ er die Kommission zu sich rufen und sagte, am nächsten würde er oder sein Vertreter mit den „Herrn Elektromonturen“ selbst sprechen, er würde sogar selbst in die Versammlung der Monture kommen oder eine Vertretung schicken, aber in dieser Versammlung sei ein Verbandsvertreter und darum sei es ihm unmöglich, dorthin zu kommen. Wenn man ihm versprechen würde, daß in einer anderen Versammlung kein Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmeninhaber mitteilte, ließ, daß, wenn bis Abend kein bindender Vertrag vorliege, die Kollegen am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, ließ er die Kommission zu sich rufen und sagte, am nächsten würde er oder sein Vertreter mit den „Herrn Elektromonturen“ selbst sprechen, er würde sogar selbst in die Versammlung der Monture kommen oder eine Vertretung schicken, aber in dieser Versammlung sei ein Verbandsvertreter und darum sei es ihm unmöglich, dorthin zu kommen. Wenn man ihm versprechen würde, daß in einer anderen Versammlung kein Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmeninhaber mitteilte, ließ, daß, wenn bis Abend kein bindender Vertrag vorliege, die Kollegen am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, ließ er die Kommission zu sich rufen und sagte, am nächsten würde er oder sein Vertreter mit den „Herrn Elektromonturen“ selbst sprechen, er würde sogar selbst in die Versammlung der Monture kommen oder eine Vertretung schicken, aber in dieser Versammlung sei ein Verbandsvertreter und darum sei es ihm unmöglich, dorthin zu kommen. Wenn man ihm versprechen würde, daß in einer anderen Versammlung kein Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmeninhaber mitteilte, ließ, daß, wenn bis Abend kein bindender Vertrag vorliege, die Kollegen am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, ließ er die Kommission zu sich rufen und sagte, am nächsten würde er oder sein Vertreter mit den „Herrn Elektromonturen“ selbst sprechen, er würde sogar selbst in die Versammlung der Monture kommen oder eine Vertretung schicken, aber in dieser Versammlung sei ein Verbandsvertreter und darum sei es ihm unmöglich, dorthin zu kommen. Wenn man ihm versprechen würde, daß in einer anderen Versammlung kein Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmeninhaber mitteilte, ließ, daß, wenn bis Abend kein bindender Vertrag vorliege, die Kollegen am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, ließ er die Kommission zu sich rufen und sagte, am nächsten würde er oder sein Vertreter mit den „Herrn Elektromonturen“ selbst sprechen, er würde sogar selbst in die Versammlung der Monture kommen oder eine Vertretung schicken, aber in dieser Versammlung sei ein Verbandsvertreter und darum sei es ihm unmöglich, dorthin zu kommen. Wenn man ihm versprechen würde, daß in einer anderen Versammlung kein Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmeninhaber mitteilte, ließ, daß, wenn bis Abend kein bindender Vertrag vorliege, die Kollegen am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, ließ er die Kommission zu sich rufen und sagte, am nächsten würde er oder sein Vertreter mit den „Herrn Elektromonturen“ selbst sprechen, er würde sogar selbst in die Versammlung der Monture kommen oder eine Vertretung schicken, aber in dieser Versammlung sei ein Verbandsvertreter und darum sei es ihm unmöglich, dorthin zu kommen. Wenn man ihm versprechen würde, daß in einer anderen Versammlung kein Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmeninhaber mitteilte, ließ, daß, wenn bis Abend kein bindender Vertrag vorliege, die Kollegen am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, ließ er die Kommission zu sich rufen und sagte, am nächsten würde er oder sein Vertreter mit den „Herrn Elektromonturen“ selbst sprechen, er würde sogar selbst in die Versammlung der Monture kommen oder eine Vertretung schicken, aber in dieser Versammlung sei ein Verbandsvertreter und darum sei es ihm unmöglich, dorthin zu kommen. Wenn man ihm versprechen würde, daß in einer anderen Versammlung kein Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmeninhaber mitteilte, ließ, daß, wenn bis Abend kein bindender Vertrag vorliege, die Kollegen am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, ließ er die Kommission zu sich rufen und sagte, am nächsten würde er oder sein Vertreter mit den „Herrn Elektromonturen“ selbst sprechen, er würde sogar selbst in die Versammlung der Monture kommen oder eine Vertretung schicken, aber in dieser Versammlung sei ein Verbandsvertreter und darum sei es ihm unmöglich, dorthin zu kommen. Wenn man ihm versprechen würde, daß in einer anderen Versammlung kein Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmeninhaber mitteilte, ließ, daß, wenn bis Abend kein bindender Vertrag vorliege, die Kollegen am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, ließ er die Kommission zu sich rufen und sagte, am nächsten würde er oder sein Vertreter mit den „Herrn Elektromonturen“ selbst sprechen, er würde sogar selbst in die Versammlung der Monture kommen oder eine Vertretung schicken, aber in dieser Versammlung sei ein Verbandsvertreter und darum sei es ihm unmöglich, dorthin zu kommen. Wenn man ihm versprechen würde, daß in einer anderen Versammlung kein Verbandsvertreter zu verhandeln. Die Kommission, die vorstellig wurde, war von Tag zu Tag vertrocktet worden. Als nun eines Tages die Kommission dem Firmen

zu erweisen. Da ich nun auch sozusagen ein Mensch bin und auch viele Freunde habe, bin ich auch zum diesjährigen Weihnachtsfest mit Ausmerksamkeiten bedacht worden. Da sind zunächst meine „Freunde“, die Lokalistenführer in Solingen, die sich in ihrem Organ, dem „Stahlwurm“, viel mit mir beschäftigten, mich dafür „lobten“, weil ich mit geholzen habe zu verhindern, daß die Solinger Lokalisten der Generalversammlung angeschlossen werden. Das „Lob“ der Solinger soll einen Ehrenplatz auf meinem Weihnachtstisch erhalten. Dann sind es meine alten „Freunde“, die Hirsche, die Herren um Gleichauf, die mich im Regulator mit mehreren Artikeln als Weihnachtsgabe bedachten. In diesen Artikeln beteuern mir die Hirsche in überschwenglicher Weise ihre alte „Liebe und Freundschaft“. Auch diese Liebes- und Freundschaftsbeteuerungen sollen auf meinem Weihnachtstisch Platz finden. Um aber vor Mißdeutungen sicher zu sein, will ich gleich besonders betonen: Es handelt sich nur um platonische Liebe und Freundschaft. Als dritte Gruppe sind die Wiesenthaler zu nennen, die mich auf ihrer Generalversammlung an einem Stammtisch in Dresden in besonders liebenswürdiger Weise erwähnten. Kleine Unstimmigkeiten mit mir sind in der bekannten „Zorten“ Weise vorgebracht worden, so daß immer zu merken war, daß selbst die leisen Tadel von Liebe zu mir diffiniert waren. Schließlich sei noch erwähnt, daß auch der Bund, das Organ der Gelben, sich im Verein mit den vorgenannten bemüht, meine Weihnachtsfreude vollständig zu machen. Das Blatt schreibt in alter „Fröhlichkeit“, so daß man annehmen kann, der Leiter, Herr Lebius, sei wieder gesund und braucht nicht mehr in seinem Bureau im Klapptuhl mit den Beinen in der Luft zu liegen, um sich zu futtern. Dankeschön quittiere ich an dieser Stelle für alle mir geworbenen Liebenswürdigkeiten. Aber ich fürchte, es werden die Wünsche, die diese vier Richtungen mir aussprachen, eben nur Wünsche bleiben. Was nützt es mir, daß die Hirsche mich loben, die Wiesenthaler mich in den Himmel heben, die Solinger sich öffentlich bedanken und die Gelben versprechen, mir nächstens einen Fackelzug zu bringen? Meine Berliner Kollegen werden es doch nicht glauben, daß ich ein guter Kerl bin. Im Gegenteil, unsere Berliner Mitglieder werden nach wie vor der Meinung sein, daß ich ein schlechter Kerl bin, daß ich ein dummes Kerl bin, daß ich nichts tauge und höchstens wert sei, daß mich so bald wie möglich der Teufel holt. Leider scheint aber der Teufel vorläufig noch keine Unthalten dazu zu treffen. Das wird ja nun meinen „Freunden“ um Gleichauf, Wiesenthal, Lebius und Böhmer eine besondere Gemütsruhe sein, deshalb gebe ich hiermit feierlich und mit allem Nachdruck das Versprechen: Ich werde mich bemühen, in der bisherigen Weise tätig zu sein, um mir dadurch die Liebe und Unabhängigkeit dieser vier „Freundesträume“ zu erhalten.

Durchsch. Wegen fortwährenden Verordnungsjagen, Nichteinhaltung des garantierten Stundenlohnus und schlechter Behandlung wird über die Firma Sebold & Neß die Experte verhängt. Röhreter Bericht folgt.

Rathenow. Die der Weltfirma Ritsche & Günther zur Verfügung stehende Presse konnte im Juli dieses Jahres gelegentlich eines Besuchs des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg nicht über schwunglich genug die Zustände bei der Firma, speziell die Arbeiterverhältnisse, als unangemessene schildern. Daß nicht alles Gold ist, was glänzt, bewies ein von der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im September herausgegebenes Flugblatt an die Arbeiter dieser Firma. Den alten Haß der Firmeneinhaber gegen den vermaledeten Verband fielen dann einige tödliche, jahrelang bei ihr beschäftigte Arbeiter zum Opfer. Sie wurden wegen "Mangel an Arbeit" entlassen. — Die Arbeitsverhältnisse in der Fertigungsfabrik fordern auch zu einer Strafe heraus. Die Firma Ritsche & Günther zahlte den Optikern möglichen Löhne von 15 bis 18 M. Nun will sie sich auf den Betrag von Photographienpreisen verlegen und engagierte zu diesem Zwecke auch von einem anderen Optiker zur Arbeit nach Brodglas. Ein Kindertaglohn von 18 M. wurde ihnen vorerst gewährt und für später höhere Löhne in Aussicht gestellt. Nach rechtmäßiger Belehrung wurden die Kollegen aber sowohl von dem Betriebsleiter wie von dem Firmeneinhaber Paul Ritsche höchst abgewiesen. Diese Optiker haben zwangsläufig bei auswärtigen Firmen einen höheren Durchschnittsverdienst von 40 M. erhalten. Auf dieselbe Arbeit verzichten die Optiker bei der gleichen Firma C. Reich, Altenberghof, das Comptoir betreut, was bei Ritsche & Günther beschafft wird. Herr Ritsche erwiderte jedoch: „Ich bezweifle nicht, daß Sie mit 18 M. Lohn nicht auskommen, wo doch hier die Auskunftsstellen nicht mehr erfüllen.“ Auf den Rat des Kollegen, doch einmal selber den Beruf zu machen, mit 18 M. einzutreten, erwiderte Ritsche kurz: „Wenn es Ihnen nicht paßt, richten wir nicht zu kommen.“ Dieser selbe Herr ist Student und zahlt das vergangene Jahr 16-17 M. Steuern. Der Student, wofür die Steuern bezahlt werden, ist ganz gewiß nicht bei Betriebsleitern von 15 M. jahresvorangekommen, sondern er ist zum großen Teil den Arbeitern verantwortlicher Betriebslohn. Bei 18 M. Verdienst verdient ein Arbeiter die jährliche Streitkasse Ritsches ein in 17½ Jahren. Der selbe Herr ist über sein Mitglied des Sängerknabenvereins. Unter diesen Umständen werden die anstrengenden Optiker dem Chorale von Ritsche & Günther den Rücken kehren. Bei einer der letzten Zählungen erhält ein verheirateter Sohler 15 M., ein lediger 12,50 M. Sohnenverdienst ausserordentl. — Ganz ähnlich wie mit den Löhnen ist es auch mit den Entgeltverhältnissen bezüglich. Bei Haupt- und Funktionären sind in Wirklichkeit Schätzverhältnisse sehr unregelmäßig, oft sind nur keine bestimmten. Auch in den letzten Tagen ist in der Fertigfabrik ein leicht aufsteigender Strom einen Teil des Auszuges herunter. Gleichzeitigweise kann ein jüngster Mitarbeiter mit dem Gehalt von 1000 M. Verdienstverhältnissen, bei den Schätzverhältnissen ist nur ein einfaches Gehalter angegeben, was nicht verhindert, daß der Aufstieg der Arbeiter mit den Kosten der Bezahlung kommt. In der neuen Fabrik ist diese Verhältnisse erhalten. — Auf der einen Seite liegen die Gehälter der Firma Ritsche & Günther, auf der anderen jährliche Löhne und unregelmäßige Gehälter.

Gefangen. So wir wollen über mich, wußte mir was mit
Gefangen auf uns befallen. Die Söhne der Wiederkäuer-Brüder
haben ja schon zur Seege des Städte ferner gehen, um den der
Deutsche Steinmeister-Schmid gesuchet ist, in Gefangen im
Schutze der Reiterzurückflucht der Wiederkäuer-Brüder zu nehmen.
Sie wissen, daß er Sicherheit zu führen hat, der is Deutschland nicht
angreifendes Land. Sie Söhne wissen, daß es die Sicherheit der
gewöhnlichen Menschen ist, bei der sich die Sicherheit
des freien Schmids sicher und gesetzt haben. Diese Sicherheit wird
aber bald ein Ende haben. Seher wie kann, in Südwärts
Wiederkäuer-wie im Südwärtslande-Se sind, wenn sie Wiederkäuer
dahin. Lange Zeit gewöhnlich gewohnt Schmids werden gern zu
wissen. Ob man will oder nicht, nach dem Zug der Freiheit
Wer es in sein Wieder, wenn das Südwärtsland, der in den Südwärts
Siedlungsplätzchen gewohnt und gepflegt wurde und noch
zu hogen verfiel wird, der zweier Sicherheitszweckes Zweier-
zweckes Freiheit, aus beide nach jenseit Blätter land. Das Sch-
laufen an Blätter nach Übernahmen ist ja wohl verständlich, es ist
doch verständlich, daß keiner zweite Sicherheit benötigen wird. Nach
verständlich ist es aber, wenn ausgewanderte Arbeit und Arbeitssuchende,
die sich jetzt auf diese Südwärtslande müssen machen, denn Über-
nahmen ja entsprechend Sicherheitszwecke haben, was das aus-
wandern hier geschieht. So kommt Gott Friede sich das Südwärts
noch ins Lande an. Sie waren es eignige Söhne, die über die Seege
der Wiederkäuer-Brüder fingen geflüchteten und geflohenen Wiederkäuer, Wiederkäu-
ler fingen, ohne dass bestechung zu tun. Sehr, so der Sicher-
heitsschutz verlangt, ist dieser Zug je zweimal verlegt worden.
Doch ist geschehen, den Wiederkäuer-Brüder zu fangen, durch
die Wiederkäuer-Brüder, wenn das vornehme bestechen verant-
wortlich. Da hat Friede sich die Sicherheit der Wiederkäuer zu
nehmen, gegen was nun zu den verdeckten Wiederkäuer. So der
Sohn des Wiederkäuer-Brüder fand, der den Sicherheitszweck
der Sicherheit für sich, hinter die Söhne zu kriechen. Sagt eine
Sicherheitsschutz, wie reicht, bei verdeckten Wiederkäuer. Ist eigner

für die gesamten Arbeiter sein könne. Wir wehrten uns. Darauf schrie man in die Welt hinaus, die Metallarbeiter wollten keine Beiträge an das Zentralkomitee zahlen. Heute hat sich nun der Ecardt als der entpuppt, der er eigentlich von jeher war, wie er im Protokoll des Verbandstages seiner Berufsorganisation (Transportarbeiter) vom Jahre 1903 geschildert wird. Ja noch mehr. Weil er weder mehr vor noch rückwärts kann, weil er hier in die Enge getrieben ist, griff er zu dem Mittel, einen Brief des Kollegen Sendler an den Kollegen Haas zu veröffentlichen. Auf welche reine oder unreine Weise der Brief in die Hände dieser Leute geraten konnte, ist hier nicht weiter zu erörtern. Es genügt, zu konstatieren, daß die bürgerliche Presse über diese Korrespondenz herfällt und davon zu reden wagt, wie verworfen und schlecht die Metallarbeiter respektive deren Führer handeln. Der Brief, um den es sich handelt (wir werden ihn in nächster Nummer der Metallarbeiter-Ztg. reproduzieren), betrifft den Kampf der Schlägerarbeiter vom Jahre 1905, die Nachwirkungen des Sympathiekreises der former zugunsten der Belarter Ausgesperrten und die Mittel, die zu ergreifen notwendig seien, die Maßnahmen der Unternehmer zu nützen zu machen. Ecardt betrachtete es nun als seine ehrenvolle Aufgabe, dieses Schriftstück im Stahlwarenarbeiterabdrucken. Ein netter Arbeiterschreiber und Parteigenosse! Gleichzeitig geht der Plan auch darauf hinaus, die Arbeiter vorsätzlich zu machen, die damals durch die Verhandlungen, die Sendler angebahnt, wieder untergebracht worden waren. Nach Ecardt sind die Handlungen Sendlers gegen die Unternehmer zugunsten der Arbeiter unfehllich! — Am Sonntag den 15. Dezember besaßte sich nun eine außerordentliche Kreisversammlung der Verwaltungsstelle Solingen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit den Vorortsräten in der Solinger Gewerkschaftsbewegung. Das Versammlungssofal war überfüllt. Kollege Sendler gab Bericht von den einzelnen Vororten. Soweit die Stellungnahme zum Zentralkomitee in Frage kam, in dessen letzter Sitzung man mit den alten Ladenhäuptern operierte, wurde beschlossen, folgende Erklärung in der Kreiszeitung zu veröffentlichen: „Die heutige stark besuchte Kreisversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erkennt den Bericht von der Sitzung des Zentralkomites als nicht den Sachen entsprechend an. In bezug auf den Beitrag zum Zentralkomitee stellt sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß unter den augenblicklich vorherrschenden Verhältnissen ein gemeinsames Arbeiten unmöglich ist und unsere Teilnahme mit dem Zweck hätte, daß die Metallarbeiter Gelder opfern zu ihrer eigenen Bekämpfung. Die Kreisversammlung verabschiedet sich auch entschieden gegen den Vorschlag, dem Zentralkomitee etwas zu schulden und spricht sich dahin aus, daß die Metallarbeiter viel zu viel dazu beigetragen haben, eine Solidation zu unterstützen, die den Zweck nicht erfüllt, zu dem sie bestimmt war.“ Soweit der letzte Punkt der Resolution in Frage kommt, wurde speziell darauf hingewiesen, daß er seinerzeit als Arbeiterschreiber bestimmt und gewählt Ecardt doch den Stahlwarenarbeiter redigierte, zudem zwei Stunden von der Stadt ab, in Wiggewen, doch möglich seine Tätigkeit im Interesse der Arbeiter entfalten könnte. Soweit der erwähnte Brief Sendlers in der Erörterung einbezogen wurde, stellte man sich auf den Standpunkt, daß solche Leute wie Ecardt anderswo in der Arbeiterbewegung auch unmöglich wären. Von einem Vertrauensvotum für den Kollegen Sendler wurde aus deiner ausdrücklichen Wunsch Abstand genommen. — Noch eine Spurde aus unserer Bewegung wurde der Versammlung verbreitet. Der Sieber Bieden war aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgetreten, „weil er von den Kollegen zu viel kontrolliert worden sei“. Wie recht aber diese Kontrolle mit ihrem Ergebnis hatte, geht daraus hervor, daß — wie einsandfrei festgestellt wurde — Bieden, entgegen den Bestimmungen des Kreisverzeichnisses, einer Beratung mit dem Fabrik Holtgen (Fabrikant A. Henkel) auf drei Jahre abgewichen hatte, wonach er die letzter billiger ließere, zu einem Preis unter den im Verzeichnis aufgeführten Sätzen. Wir stellen fest, daß die Unternehmer weit über kurz und gut betrogen und forderten die Regulierung. Was steht aber? Wie die Firma Waldmüller gesteht nun auch Höflgen mit dem Schuharbeiter-Verband in Beziehung. Bieden wurde erst als Mitglied aufgenommen und gegen eine Mietzettel von Verbindung wurde vom Schuharbeiter-Verband die Sache als erledigt befunden. Die Firma teilte dies dem Metallarbeiter-Sieben auch zunächst mit. Die Kollegen, die daraus zweihändig sollten, können daran Einsicht nehmen. Das auf diese Art und Weise der Schuharbeiter-Verband, der immer vorgab, die Kreisverzeichnisse und deren Verbindung als seine besondere Grenzfeste zu betrachten, die Sieber ihrer wirtschaftlichen Stellung untergrub, die Einflussnahme der Unternehmer erlöste, und von jedem Sieber zu gegeben werden müssen. Die beiden Führer des Schuharbeiter-Verbandes setzen den Unternehmern gegenüber eine Prämie aus für das Unternehmertum. Hoffentlich begreifen die Sieber, daß die Sache bei der Firma Höflgen um diese Art noch nicht erledigt sein darf. Die Gesetzheit wird kommen, wo man wieder dasa Stellung nehmen wird. Sollte es sich wieder der Sieber der Firma zu der Überzeugung mache, daß die „Abrechnung“ mit dem Schuharbeiter-Verband aus überreift sei. Mögliche, daß diese Angelegenheit das neue Jahr in Unruhen auszulösen wird, als unheiliges Zeichen der Gewerkschaftsbewegung, die wir durch die Führer des Schuharbeiter-Verbandes belästigt sehen. Wo kann der Sieber des alten, neuen am Anfang des neuen Jahres ist es, unter dem die Verwaltungsstelle Solingen ihr Schrift entgegengelegt. Sei beschloß jeder Kollege auf seinem Platz, mir weitere Zeichen zu machen.

Stuttgart. Die Geschäftsführung in der Automobilindustrie ist bei der Deutschen Rotorwagenfabrik in Stuttgart im zuletzt beschriebenen Gedankenspiele geführt, auf welchem wurde schon vor Jahren die Arbeitsteilung auf zwei Betriebe vorgenommen. In den beiden ersten Betrieben erzielen zusammen 450 Männer die Fertigung, welche haben in den verschiedenen Abteilungen ebenfalls Erweiterungen durchgemacht. Die von der Automobilindustrie abhängige Firma selbst hat ebenfalls ihre Arbeitsteilung vorgenommen. Die mechanische Arbeit wurde jedoch bald wieder eingeführt, da fand die bisher bestehende Auskonzentration keinen Nutzen. So fand unter den aus diesen beiden Betrieben ausgetrennten Unternehmen eine große Kapital Verschmelzung statt, die hier nicht so leicht Arbeit bewirkt, wie es zuerst ohne weitere technische, elektrische Kenntnisse, so haben wir am Ende der Arbeitsteilung, als hätten beides einzige Kenntnisse nicht voraussetzung, einen gewissen Arbeitsaufwand zu tun. Die Kollegen allerdings werden bringend und schärfend bemüht zu werden.

Zeitung. Die Zeitung des Herrn Adolfs Hettich (Schrift- und Buchdruckerei) hat mit einer Verbindung sehr viel zu tun. Sozialist werden deutlich 5 bis 9 Mitarbeiter, der neue Mitarbeiter ist auf 2½ Stunden darin. In den letzten Jahr Monaten sind es nicht weniger als 17 Mitarbeiter dieses Gewerbe tritt freiwillig ab, und werden sie in ganz „Arbeitsmarktg“ Städte dazu veranlaßt. Nach die Städte liegen viel zu manchen Städten. Gelernte Schreibmädel kommen 3 bis 3,50 RM. Die Verbindung ist ganz klar. Geschäftspartie wie Schreibmädel, Schreibmädel u. l. m. und Herrn Adolfs Projekt. Um zu erläutern, was in der Sache vorgeht ist. Meint er auf der Seite über freien Freien 2 Mitarbeiter ein Hotel verpflichtet einen Mitarbeiter. Arbeit mit wenig Kosten zu nehmen, als sie abgefordert wurde, hieß e., das heißt für das Projekt nicht, und möglichen datum verhindert werden. Als der Rechner kommt nicht gekommen war, wurde er mit der Berechnung beladen, es sei für den freien Markt sehr vorhanden. Der Preis wurde jedoch durch einen anderen Mitarbeiter bestimmt. Nur dem Geschäftspartner war Hettich in den letzten Jahr Monaten bestimmt. Es kann ja auch nichts ausgeschlossen werden, daß es auch eine andere Person

គិត្យជំនាញ.

Schwabach. Der Geschäftsgang in der Feingoldschlägerei ist zurzeit hier und in Nürnberg ein sehr flauer. Es liegt daher im eigenen Interesse der Kollegen dieser Branche, wenn sie die beiden Orte meiden.

Werftarbeiter.

Danzig. Die Arbeiter der Kaiserlichen Werft protestierten am 2. Dezember durch eine imposante Versammlung gegen die fiskalische Lohnpolitik. Der große Saal des „Gewerbehaußes“ und seine Nebenräume waren durch die in Masse erschienenen Staatsproletarier überfüllt. Wer vor einigen Jahren zu prophezeien gewagt hätte, daß die Staatsproletarier je eine solche Demonstration bewerkstelligen würden, der hätte sich einfach lächerlich gemacht. Die Eingabekommission der Arbeiterschaft der Staatswerften Kiel, Wilhelmshaven und Danzig hatte das Reichsmarineamt um die angemessene Erhöhung der Löhne ersucht, um die durch den staatlichen Zollwuchterverursachte Versteuerung der Lebenshaltung wenigstens einigermaßen ausgleichen zu können. Die Art, wie die Marineverwaltung dieser Petition entsprach, kennzeichnet am besten das demagogische Geschwätz der Marinephantasten von dem innigen Zusammenhang zwischen Flottenpolitik und Arbeiterinteresse. Auf den neuen Tarif wurden die Werftarbeiter durch einen Tagesbefehl vom 1. November 1907 vorbereitet, dessen lichtwolle Klarheit uns die Wiedergabe des ersten Teiles, der die Termine für den Beginn seiner Wirksamkeit festsetzt, ganz verbietet. Der für die „arbeiterfreundliche“ Tendenz des neuen Tarifs entscheidende zweite Teil hat diesen Wortlaut: „Wo bei den Monatssöhnen eine Erhöhung des Lohnsatzes der untersten Stufe eingetreten ist, rücken die betreffenden Leute in den nunmehrigen untersten Lohnsatz ein. Alle anderen Leute rücken erst nach Erfüllung der für ihren Lohnsatz vorgeschriebenen Wartezeit in einen höheren Lohnsatz. Es rücken daher auch, wo eine Erhöhung des Höchstlohnes stattgefunden, die Leute erst dann in den Höchstlohn ein, wenn sie die für den innehabenden Lohnsatz vorgeschriebene Wartezeit erfüllt haben. Eine Verklausung nach der bisherigen Lohnklasse findet also nicht statt.“ Der Oberwerftdirektor, Freiherr v. Schimmelmann. Das einfache klare Deutsch dieses Unterlasses schlägt sicher die Konkurrenz der apothekenphysischen Bücher. Aber so viel dürften auch mit der staatsfiskalischen Kompottschüssel weniger vertraute Leser bei einem Scharffluß doch erraten haben, daß darin Klipp und klar gesagt ist: die meisten Arbeiter bekommen so gut wie gar nichts. Für das Gros, etwa zwei Drittel der circa 2900 Arbeiter, kommt der neue Tarif als niersbare Verbesserung überhaupt nicht in Betracht. Die, an denen der Tarif finanziell nicht ganz spurlos vorüberging, beglückte der Vater Staat, der dem unersättlichen Marinemoloch eine Milliarde nach der anderen in den Magen wirft, in folgender großmütiger Weise: „In der für die betreffenden Arbeiter maßgebenden Klassenfolge wurde die unterste Stufe gestrichen, so daß der bisherige zweite Lohnsatz nun der letzte wurde, was sich durch die ganze Skala fortsetzte.“ Und diese unglaubliche Lohnrauserei glaubt die Danziger Zeitung ihrem Kommunismus als besondere Arbeiterfreundlichkeit anzuseihen zu müssen. An erbittertsten sind die Staatsarbeiter darüber, daß ihnen die längst notwendige Verklausung, das heißt: die regelmäßige Steigerung des Löhnes, wieder verweigert wurde. Der Stoss des faroisen Tagesbefehls mit der Erfüllung der für ihren Lohnsatz vorgeschriebenen Wartezeit, ist ein um so magererer Knochen, als kein Mensch weiß, wie lang diese Wartezeit denn eigentlich ist. In der Versammlung gab zuerst der gründliche Kleiner der Verhältnisse der Staatswerften, Kollege Garbe (Kiel), der Stimmung der Arbeiter über diese „Lohnreform“ des Staates bedienten Ausdruck. Er verwies darauf, daß unser Zeitalter so recht das der Organisation ist. Beante aller Kategorien organisierten sich, ihren Wünschen sowie die Regierung auch nach. Die Danziger Staatsarbeiter hätten sich in ihrer Mächtigkeit dem auch kaum wundern, wenn man sie bei der ungenügenden Organisation so großmütig durch den neuen Lohntarif behandelt habe, die Löhne seien durchweg zu niedrig. Der Geheime Admiralsrat Harms habe zwar in einer Brochüre behauptet, daß der Arbeiter im Staatsbetrieb nach vier Wochen seiner Intelligenz gemäß gelebt werde. Statistisch könne aber bewiesen werden, daß drei bis vier, sogar 15 Jahre lang, tätige Arbeiter noch in der niedrigsten Lohnstufe geführt würden. Eine bestimmt festgelegte tarifliche Lohnsteigerung würde aller Schnusseri und Denunziation radikal ein Ende machen. Als nächster Redner sprach Kollege Früngel seine Freude darüber aus, daß die Arbeiter der Staatswerft zum erstenmal in so großer Zahl zusammengedommen wären. Der Tarif könne nur als Karikatur der durchaus begründeten Arbeiterwünsche angesehen werden. Leider können oft nicht einmal verständige Anordnungen des Reichsmarineamtes den Arbeitern zugute. So verweigerte der Obermeister Kölbe seinen Arbeitern sogar die vorgeschriebene Schutzkleidung mit der interessanten Erklärung: „Alle Wochen wollen Sie einen Zugang, während Sie nur in drei Wochen ein Hemd anziehen!“ Der Meister Hochstädt übt die Gepflogenheit, die Arbeit bei der Ausgabe als Alltag zu bezeichnen, während sich nach der Fertigstellung herausstellt, daß es nur Lohnarbeit ist! Der Kebner rügte ferner, daß die Arbeiter den Lohn erst nach Feierabend bezahlt erhalten und häufig sogar $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Stunde warten müssten. Wenn man den Beamten den Gehalt in der Arbeitszeit zahlen könnte, warum denn nicht auch der Arbeiterschaft? Das Arbeitseramt habe aber leider die pünktliche Lohnzahlung als undurchführbar abgelehnt. Der letzte Tagesbefehl gewähre entgegen dem Vorschlag der Arbeiter, die für jede Stunde Nachtarbeit 10 Pf. Aufschlag forderten, nur 7 Pf. Zum fämen viel Leute des Kessorts I, deren Arbeit um $6\frac{1}{2}$ Uhr beginnt, auf die Weise um diesen Vorschlag, daß man sie erst am Nachmittag mit der Arbeit anfangen lasse und sie dann mit der anschließend „vorreisender“ Arbeitszeit bis weit in die Nacht ohne den tariflichen Nachzugsfall beschäftige. Diese unglaubliche Verachtung verdiente die süßeste Zurückweisung. Ehnlich brüngt nun die Leute auch um die Mittagszulage von 60 Pf. Keine Organisation würde sich dies bieten lassen. Nur die organisierte Macht schaffe auch den Staatsarbeiter das Recht, auf das sie als Menschen und Staatsbürger Anspruch hätten. Kollege Garbe charakterisierte dann noch ungern den didaktischen Flottenhundug der Monatsenleute, die jetzt sogar wohl zu behaupten wagten, daß die Arbeiter das wenige, was der neue Tarif bringe, ihnen zu verdanken hätten. Das sei der alte Trick des Marinismus interessierten Projektapostolen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute zahlreich versammelten Arbeiter der Kaiserlichen Werft Danzig nehmen Kenntnis von dem im Oktober erlassenen Lohntarif und erklären, daß dersebe ihre Bürden in Rücksicht der gehegten Lebensmittelpreise nicht in genügender Weise Reduzierung trägt. Noch wie vor sind die Verantwortlichen der Außicht, daß eine weitere Verklausung notwendig ist. Sie erwarten jetzt, daß auf die von der Arbeiterschaft der Reichsarmee eingereichte Eingabe dem Arbeiterschutzbüro oder den Unterzuläufen eine bestimte, unserer Wünschen entsprechende Antwort gezeilt wird. Zuverlässiger wären wir die Ausführungen der Danziger Zeitung, nach denen das Zustandekommen des neuen Tarifs auf die Tätigkeit des Abgeordneten Monzen zurückgeführt wird. Wenn in den letzten Tagen die Lohn- und Arbeitsschätzlinie eine Verbesserung erfahren haben, so ist dieses lediglich auf das Zusammensetzen der Arbeiter der Kaiserlichen Werft zurückzuführen. Um eine weitere Verbesserung dieser Verhältnisse zu erzielen, ist es notwendig, daß die Arbeiter der Kaiserlichen Werft noch mehr wie bisher der Organisation anhören.“ Haudem noch Kollege Petet die Staatsarbeiter zur praktischen Erfüllung des Organisationsgedankens angefeuert hatte, erfolgte mit einem Hoch auf die Bedeutung der Staatsarbeiter der Schlag dieser eindringlichen Ver-

Rundschau

27-10-20

Reichstag.

Neugestaltung des Börsenrechtes ist ein Teil der Versprechungen, mit denen Bißul seine Blockpolitik beliebt zu machen suchte. Das seit dem Jahre 1898 in Deutschland bestehende Börsengesetz, dem agrarischen Haß gegen das mobile Kapital entsprungen, hat sich als eine höchst verdeckte Maßregel seit langer Zeit herausgestellt. Sein Hauptinhalt besteht in dem Verbot des sogenannten Terminhandels. Sie mehr der Großhandel alle Produkte, die früher nur im engen Kreise des Lokalverkehrs umstießen, erfaßt, desto mehr treten seine Geschäftskreise mit den Wünschen und Interessen gewisser Kreise von Produzenten in Widerspruch. Besonders der Terminhandel, der seinen Ursachen stets beträchtliche Mengen eines einheitlichen und allgemein anerkannten Lieferungstyps zugrunde legt, ist allen den Produzenten verhaftet, die durch ihn eine Herausdrückung der Preise ihrer Produkte befürchten. Wahr ist, daß der Börsenhandel zwar nicht die Preise „macht“, wohl aber, daß er die Preise ausgleicht. Das geschieht in erster Linie eben durch den sogenannten Terminhandel, das heißt Zeitgeschäfte, deren Zweck darin besteht, auf längere Zeit im voraus eine gewisse Regelung des Marktes herbeizuführen. Die Termingeschäfte bilden die Grundlage der Spekulation; im Zusammenhang mit ihnen hat man an den Börsen zwei Parteien, die Hauptheit und die Batssepartei. Wer auf Termin verkauft hat, hofft und wünscht, daß bis zum Ablauf der Zeit der Preis steige, so daß er am dem genannten Tage das Gefaust wieder teurer verkaufen kann; wer dagegen auf Termin verkauft hat, erwartet und wünscht, daß bis dahin der Preis sinkt, damit er das Gefaust, was er noch gar nicht hat, billiger kaufen kann. Die heutige Volkswirtschaft mit ihren weit ausgreifenden Verzweigungen ist ohne einen solchen Terminhandel überhaupt nicht denkbar. Die beträchtlichen Mengen von Kolonialwaren, zum Beispiel Kaffee, die wir aus fremden Ländern beziehen, können gar nicht anders als auf Termin gehandelt werden; fast ebenso verhält es sich mit dem Einkauf der Baumwolle und anderer wichtiger industrieller Rohprodukte. Daneben findet sich auch noch der Terminhandel in sogenannten Effekten, das sind Aktien, Anteile an industriellen oder Bergwerksunternehmungen, Eisenbahnen und dergleichen. Sowohl der Terminhandel in Waren als auch der Terminhandel in Effekten ist durch das heut bestehende Börsengesetz verboten oder unter solche Bedingungen gestellt, die einem Verbot beinahe gleichkommen. Das hat zur Folge gehabt, daß ein großer Teil des Spekulationsgeschäfts von Deutschland in das Ausland gedrängt wurde, daß der Geldverbrauch für Kaffeegeschäfte außerordentlich zunommen hat und dadurch der Preis des Geldes gestiegen ist und daß endlich die Konzentration des Bankkapitals außerordentlich rasch zunommen hat.

Die Novelle zum Börsengesetz will den Terminhandel in Alten erlauben, dagegen den in Betriebe weiterhin verbieten müssen. Die Absicht der Aufrechterhaltung dieses Verbots ist die Begünstigung der Agrarier; die Agrarier wollen den Getreiderohrhandel gerade deshalb verbieten, weil er geeignet ist, der breiten Masse der Bevölkerung billiger Nahrung zu verschaffen. Wir aber haben das größte Interesse daran, dem Volke billiges Brot zu gewährern. Deshalb verlangen wir auch die Wiedereinführung des Termingeschäfts in Betriebe. Dazu bewegt uns keinerlei besonderes Interesse an der Börse, sondern lediglich die Rücksicht auf das Wohl des Volkes. Die Börse ist eine Funktion der kapitalistischen Wirtschaft. Man kann sie nicht ausschließen und den Kapitalismus trotzdem weiter bestehen lassen. Die Versuche, den Börsenhandel von allen Auswüchsen zu befreien, sind Versuche mit unangemessenen Mitteln; man kann die Schäden des Kapitalismus nicht dadurch beseitigen, daß man die Anfänge zu einer anderen Organisation der Volkswirtschaft stärkt. Das geschieht durch die Unterführung der gewerkschaftlichen Bewegung und der Genossenschaften. Die konstitutionelle Taktik, in der der Arbeiter nicht mehr ein bloßes Ausbeutungsobjekt ist, und die genossenschaftliche Ordnung des Güterumlaufs bilden eine Voraussetzung für die Sozialisierung der Produktionsmittel und der Produktionsverteilung. In der Absicht, die deutlich erkennbare Tendenz zur Umgestaltung unserer Volkswirtschaft zu stärken, bestrebt sich die Sozialdemokratie, nicht nur die Freiheit des Handels zu schützen, sondern auch die neue Organisation der Arbeiter in jeder möglichen Weise zu fördern.

In der ersten Lesung des neuen Börsengesetzes traten die Gegenseite sehr scharf hervor: auf der einen Seite leichten die Agrarier und das mit ihnen verbündete Zentrum sowie die Antisemiten für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes, auf der anderen Seite treten die Liberalen und die Sozialisten für energetische Verbesserung noch über die Regierungsvorlage hinaus ein. Ob unter diesen Umständen die Reform wirklich durchführbar sein wird, ist einzusehen noch zweifelhaft.

Gewerkschaftliches.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906 werden in der Statistischen Berichterstattung Nr. 5 behandelt, die der Nr. 50 des Correspondenzblattes der Generalkommission beigegeben ist. Von den 16 Jahren, über die nunmehr derzeitige Statistiken verliegen, weist das Jahr 1906 die höchste Zahl der Streikenden und Aussperrten das Jahr 1904 auf, zweitweiligste ist die. Die Gesamtzahl der im Jahre 1906 geführten Streiks und Aussperrungen betrug 3480 gegen 223 im Jahre 1903. Es standen im Berichtsjahr 1151 Lohnkämpfe mehr statt als 1905 und 1855 mehr als 1901. Die Gesamtzahl der Streikenden und der Aussperrten belief sich 1906 auf 31602, während 191922 weniger als 1905. Während 1905 auf jeden Lohnkampf durchschnittlich 218 Beteiligte kamen, betrug für 1906 nur 91. Der Unterschied röhrt daher, daß 1905 der große Bergarbeiterstreik mit 216000 Beteiligten stattfand. Nichtsdestoweniger haben die Kämpfe des Jahres 1906 nicht weniger als 1297882 M. gefordert (1905 nur 1035721 M.). Auf der einzelnen Streikenden kamen 1906 im Durchschnitt 42,68 M. Kosten (1905: 21,52 M.). Von den Kosten wurden 39,5 Prozent aus den Kassen der beteiligten Gewerkschaften bezahlt: 1905: 74,3 Prozent, 1906: 58,8 Prozent der Kämpfe wurden im Verhältnis der Lohn- und Arbeitsbedingungen gelehrt, zw. Arbeit von Beschleidungen und von Aussperrungen dienten 1440 = 41,2 Prozent. Die Zahl der Aussperrungen betrug 121 = 12,1 Prozent. Erfolgreich waren 1838 = 58,2 Prozent (1905: 53,6 Prozent), teilweise erfolgreich 765 = 24,2 Prozent (1905: 23,5), erfolglos 74 = 2,1 Prozent (21,0). Am 1. Januar 1907 waren 62 Kämpfe nicht beendet und von 101 ist der Ausgang unbekannt geblieben.

Das Baugewerbe steht mit 1887 Lohnkämpfen und 97350 beteiligten Parteien an erster Stelle. Darauf folgt die Holzindustrie mit 711 Lohnkämpfen und 37455 Personen, dann Metallindustrie und Schiffbau mit 437 Kämpfen, jedoch höchst Beträgen. Die wenigen Kämpfe finden in den gewerblichen Gewerben und in der Papierindustrie statt, während die Nahrung- und Brauindustrie die geringste Zahl von Streikenden und Aussperrten aufweist. Von der Gesamtzahl der 1906 an den Lohnkämpfen beteiligten Personen fanden 85,5 Prozent auf 12 Verbänden, von denen jedoch mehr als 5000 Mitglieder hat. Unter diesen 12 Verbänden steht der Deutsche Metallarbeiter-Verein mit 62137 Beteiligten oben an, eine Zahl, die nicht mit den Angaben des letzten Jahrbuchs unserer Organisation übereinstimmt. Eine genaue Weiterführung wird die Differenz jedenfalls aufstellen. Für 201590 = 55,1 Prozent der Beteiligten ist der durch die Kämpfe verursachte Verlust von Arbeitszeit und Arbeitsverdienst auf 631765 Tage und 2380786 M. festgestellt.

Von den 242 Angreifstreiks endeten erfolgreich 112 = 45,7 Prozent, teilweise erfolgreich 538 = 26,7 Prozent und erfolglos 32 = 15,9 Prozent. Am Ende des Jahres waren 55 Streiks nicht beendet oder das Ergebnis war unbekannt geblieben. Um den Angreifstreiks waren 185736 Personen beteiligt. Um Verkürzung der Arbeitszeit standen 53 Streiks mit 5077 Beteiligten gelehrt, 919 Streiks mit 72218 Beteiligten standen nicht wegen Lohnherabholung. Um beides zugleich standen 832 Streiks mit 94441 Beteiligten gelehrt. 48 Streiks mit 925 Beteiligten hatten die Befreiung müßiger Personen als Zweck. Aus sonstigen Ursachen wurden 193 Streiks mit 922 Personen geführt. Das Gesamtergebnis der Angreifstreiks ist bedeutend günstiger als in den Jahren vorher. Zwar ist der Prozentsatz der mit vollem Erfolg beendeten Angreifstreiks ein wenig geringer als

1905 und 1904; er beträgt 55,7 gegen 57,9 und 57,4. Dagegen ist aber die Zahl und der Prozentsatz der Streikenden, die vollen Erfolg erzielten, wesentlich höher. 1904 hatten von 81427 Streikenden 37842 = 46,5 Prozent, 1905 von 333238 Streikenden 47478 = 14,2 Prozent und 1906 von 183758 Streikenden 91698 = 49,9 Prozent vollen Erfolg. Einzelhaft haben von den im Jahre 1906 an Angreifstreiks beteiligten 183756 Personen 154067 oder 84 Prozent vollen oder teilweise Erfolg zu verzeichnen.

Wie gewöhnlich, sind auch im Jahre 1906 die Ergebnisse der Abwehrstreiks nicht so günstig ausgefallen wie die Angreifstreiks. Es fanden 1014 mit 38930 Beteiligten statt. Vollen Erfolg hatten 575 = 57,7 Prozent, teilweise 120 = 12 Prozent. Im allgemeinen hatten die kleineren Streiks besser Erfolg als die größeren. In 16 Fällen mit 312 Beteiligten war von den Unternehmen Austritt aus der Organisation gefordert worden. 6 dieser Streiks mit 212 Beteiligten hatte Erfolg. Wegen Maßregelung fanden 268 Streiks mit 11025 Beteiligten statt. 120 Streiks mit 4662 Beteiligten hatten vollen und 30 Streiks mit 1384 Beteiligten hatten teilweise Erfolg. Versuchs-Lohnreduzierung rief die Arbeiter in 322 Fällen auf den Kampfplan, und zwar beteiligten sich an diesen Streiks 10571 Personen. In 218 Fällen, bei denen 5920 Personen in Betracht kamen, wurden die Lohnreduzierungen vollständig zurückgewiesen, während dies in 31 Fällen mit 1385 Beteiligten nur teilweise gelang. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde mit 41 Streiks, an denen 3356 Personen teilnahmen, pariert. Die 24 unbedeutendsten dieser Streiks mit zusammen 601 Beteiligten hatten vollen Erfolg, und 4 Streiks mit 50 Beteiligten teilweise. Bei 13 Streiks mit zusammen 2905 Beteiligten blieben die Unternehmer Sieger und vermauteten eine Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen. Die Nichteinhalting der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderte 136 Streiks, von denen 82 mit vollem Erfolg und 24 teilweise mit Erfolg endeten. Die Einführung einer Fabrikordnung gab 29mal Veranlassung zum Streik. Vollen Erfolg hatten davon 19 und teilweise Erfolg 4 Streiks. Wegen schlechter Behandlung der Arbeiter fanden 33 Streiks statt, an denen 802 Personen beteiligt waren. 22 Streiks mit 495 Beteiligten waren erfolgreich, und 6 Streiks mit 182 Beteiligten hatten teilweise Erfolg. Aus anderen Ursachen wurde 169mal gestreikt. Erfolgreich endeten 89 und teilweise erfolgreich 20 dieser Streiks. Die Abwehrstreiks erforderten einen Kostenaufwand von 1293455 M. Von den beteiligten Personen wurde der Verlust an Arbeitszeit für 38103 festgestellt. Diese hatten 637421 verlorene Arbeitstage und 2514065 M. Verlust an Arbeitsverdienst. Bei den Abwehrstreiks im Jahre 1906 hatten 61 Prozent der Beteiligten vollen Erfolg, während im Jahre 1906 dies nur bei 46,7 Prozent der Fall war.

Nach der Statistik zeigt die Zahl der Aussperrungen nicht nur vom Jahr zu Jahr absolut, sondern auch relativ, das heißt im Verhältnis zu den Arbeitsstunden überhaupt. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Aussperrungen 5,4 Prozent der Gesamtkapazität der Kämpfe überhaupt. Im Jahre 1906 war sie dagegen auf 12,1 Prozent gestiegen. Die geringen Erfolge, die die Unternehmer bisher mit ihrer Aussperrungstaktik erreicht haben, haben diese nicht entmutigt; sie greifen immer öfter zu dem bereits gewordenen Mittel der Gegenwehr, und vielleicht weniger dabei auf Erfolg für sich rechnen, als in der Absicht, die Organisationen der Arbeiter zu ständig, was allerdings vom Unternehmertum auch als Erfolg angesehen wird. An 41 Aussperrungen waren 93356 Personen beteiligt (1905: 238 Aussperrungen mit 144047 Beteiligten). Der Verlust an Arbeitszeit betrug für 59028 Aussperrte 2320069 Arbeitstage (1905 für 135821 Aussperrte nur 1797236 Arbeitstage). 1906 haben die Aussperrungen also im Durchschnitt viel länger gedauert als 1905. Die Gesamtausgabe für die Aussperrungen im Jahre 1906 betrug 5315079 M. Auf jeden Aussperrten entfällt im Durchschnitt eine Ausgabe von 56,90 M., während die Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen im Durchschnitt nur 42,80 M. betragen. Die Taktik der Unternehmer, bei Differenzen schon eher mit den Aussperrungen vorzugehen, als die Arbeiter an eine Arbeitseinstellung denken, wurde 1906 noch öfter angewendet als früher. In 34 Fällen versuchten die Unternehmer, durch Aussperrung die Arbeiter aus der Organisation zu bringen. Nur 82 Aussperrungen waren die Folge von Angreifstreiks. Von diesen hatten 55 mit 6941 Beteiligten vollen Erfolg und 15 mit 23092 teilweise. Von den 18 Aussperrungen mit 1989 Beteiligten, die infolge von Abwehrstreiks stattfanden, endeten 10 mit 2060 Beteiligten erfolgreich.

Die Statistik enthält unter anderem noch Angaben über die Aussperrungen, die wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai erfolgt sind. Unter anderem finden wir da noch folgende Angabe: „Der Metallarbeiter-Verein hat jedoch über seine Maiaussperrungen keine Angaben gemacht, so daß die Zahl der wegen Arbeitsruhe am 1. Mai Aussperrungen unvollständig ist.“ Dazu erläutern wir uns zu bemerkern, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Vereandes bisher allerdings der Meinung war, daß die „Maiaussperrungen“ nicht mit unter die Kämpfe wegen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu rechnen sind, zumal in unserer Organisation laut Generalversammlungsgesetz diese Aussperrungen nicht zum Anlaß genommen werden dürfen, Forderungen zu stellen. Wer es aber dem Statistiker der Generalkommission darum zu tun, ein möglichst vollständiges Bild der „Maiaussperrungen“ zu erlangen, so kann ihm die dazu nötigen Zahlen zur Verfügung. Sie sind auf Seite 212 des von unserem Vorstand herausgegebenen Jahrbuches enthalten. Wir sind der Meinung, daß der Statistiker der Generalkommission seiner Forderung nach nichts vergeben hätte, wenn er diese Zahlen, von denen wir annehmen müssen, daß sie ihm bekannt waren, kennt hätte, obwohl sie nicht mit Hilfe seines Schemas ermittelt worden sind.

Handlungsgeschäften. Am 12. Dezember traten die Buchhandlungsgeschäfte in Leipzig in die passive Resistenz. Diese besteht darin, daß die Geschäfte mit peinlicher Genauigkeit ihre Üblichkeiten erfüllen, wodurch natürlich der zu dieser Zeit besonders starke Geschäftsbetrieb entweder gefördert wurde. Sie forderten eine allgemeine Zeuerungssusage und ein Mindestgehalt von monatlich 110 M. für die ungefeierten, als Schreiber beschäftigten Geschäfte und 150 M. für Gelehrte. Die Unternehmer wollten für beide Kategorien nur 100 M. und ferner noch einige Verbesserungen verlangen. Dies wurde von den Geschäften als ungenügend angesehen und sie beschlossen, als neues Kampftitel die passive Resistenz einzuführen. Daran beteiligten sich anfangs auch die Mitglieder der auf bürgerlichen Boden befindlichen Allgemeinen Vereinigung und die Folgen wurden von den Unternehmern bereits sehr ungern empfunden. Die Standhaftigkeit der Herren von der Allgemeinen Vereinigung dauerte jedoch nicht lange. Im Verein mit Mitgliedern des Deutsch-nationalen Handlungsgeschäfts-Vereandes (einer antisemitischen Organisation, die gelegentlich wohl mit den „Christlichen“ und den Hirsch-Danterschen, jedoch niemals mit den klassenbewußten Arbeitern zusammengeht) fielen sie ihren kämpfenden Kollegen in rechtlicher Weise in den Rücken. Dadurch sah der der Generalversammlung angehörige Zentralverband der Handlungsgeschäfte sich bereits am 17. Dezember genötigt, seinen Mitgliedern die Aufhebung der passiven Resistenz zu empfehlen. Wie es heißt, wollen die Unternehmer nach den heftigen Verbeherrungen eintreten lassen. Der kurze Kampf der Leipziger Buchhandlungsgeschäfte ist in mehr als einer Beziehung interessant. Er zeigt zunächst die Unwendbarkeit der passiven Resistenz auch in solchen Fällen, wo man bisher noch nicht an sie gedacht hat und setzt zweitens ein charakteristisches Licht auf die Art, wie bürgerlich gesinnte Organisationen der Handlungsgeschäfte die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, hauptsächlich in diesem Falle, wo es sich um eine Arbeiterschaft handelte, die besonders ehrlich ausgedient wird.

Transportarbeiter. Ein in Straßburg bestehender Verein deutscher Straßenbahnbeamten, eine Lokalorganisation mit etwa 500 Mitgliedern, hat beschlossen, am 1. Januar 1908 zum Deutschen Transportarbeiter-Verein überzutreten. Die Straßenbahndirektion empfahl den Straßenbahnen vergleichbar, sich den „Christlichen“ anzuschließen, was sowohl für die Direktion als auch für die „Christlichen“ sehr charakteristisch ist.

Maschinen- und Feuer. Der Streik der Fischdampfermaschinen in Hamburg ist beendet. Den ersten Maschinen-

wurde ein Mindestlohn von 160 M. garantiert, bei gutem Fang erhalten sie die bisherige Prämie weiter. Zweite Maschinen erhalten einen Anfangslohn von 125 M. und nach drei Monaten 10 M. Zulage. Letzter erhalten 85 M. wie bisher. Alle Streikenden, die sich bis zum 30. Dezember meldeten, sollen wieder eingestellt werden.

Zu den Einigungsbemühungen.

Es war nicht zu erwarten, daß die Mitglieder der Lokalorganisationen, die aus irgend einem Grunde Gegner der Einigung mit den Zentralverbänden sind, einfach die Hände in den Schoß legen und es ruhig geschehen lassen, daß die Einigungswerk glatt von statthaft geht. So kam es am 15. Dezember in einer Versammlung des Vereins der Zimmerer sich seiner Aufgabe entledigt hatte, wurde ein Geschäftsführungsantrag angenommen, wonach die Mitglieder der Geschäftsführung und des Ausschusses, weil sie ihre Pflichten schon genügend in sämtlichen Abend- und Morgensprachen sonne in einer Proklamation zum Wort erhalten hätten, es nicht den anderen Diskussionsrednern das Wort erhalten sollten. (1) Nachdem auf diese Weise die hauptfächlichen Befürworter der Einigung vorläufig mundtot gemacht worden waren, kamen zunächst zur Gegner der Einigung zum Wort. Als sich schließlich ein Diskussionsredner als Freund der Einigung entpuppte, entstand von neuem eine solche Unruhe in der Versammlung, daß sie vertagt werden mußte, wenn sie nicht der Auflösung preisgefallen sollte.

An denselben Tage befaßte sich eine Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter mit den Einigungsbemühungen. Nach langerer Debatte wurden die mit dem Centralverband der Bauarbeiter abgeschlossenen Bedingungen mit allen gegen sechs Stimmen angenommen.

Arbeiterversicherung.

Nichtversicherungspflichtige gewerbliche Arbeiter. Bei dem Dammtarifvertrag S. der in Kiel wohnt, dessen Unternehmen aber ein Industriebetrieb ist, war der Schlosser Sieg beschäftigt. Unlängst einer der Geschäftsführer wurde der ebenfalls sonst in Kiel domizilierte Schlosser Sieg franz. Er mußte in das Krankenhaus zu Wandsbek Schleifer Sieg frank. Er mußte in das Krankenhaus zu Wandsbek aufgenommen werden, wo er auf Kosten des Wandtschleifer Ortsvereinerverbandes behandelt und verpflegt wurde. Dem Armenverband entstanden 112,50 M. Kosten. Er verlangte die Summe von der Ortsstrukturkasse in Kiel erstattet, weil der Kranke deren Mitglied gewesen sei (§ 57 des Krankenversicherungsgesetzes). Die Ortsstrukturkasse lehnte die Entlastung mit der Begründung ab, daß S. überhaupt nicht versicherungspflichtig sei, da es sich um einen Gewerbetreibend im Umherziehen handelt und die Arbeiter solcher Betriebe der Versicherungspflicht nicht unterstehen. Nur die im Betriebe der Versicherungspflichtigen beschäftigten Arbeiter seien verpflichtet. Der Bezirkstaatsausschuß in Schleswig ging auf den Einwand der Kasse ein und erhob Beweis über die Art des Dammtarifvertragunternehmens. Es wurde folgendes festgestellt: Zu dem Betriebe gehörten 11 Wagen, darunter drei Schlafwagen. Der Unternehmer S. ist im Winter regelmäßig in Kiel, wo er ein Kontor hat. In der Zeit seiner Auswesenheit nimmt seine Frau die Dienstschäden und sonstige Schriftstücke am Gilde Sachen werden ihm nachgeschickt. In einem der Reisezugsägen hat er gleichfalls ein Kontor, von wo aus die Löhne bezahlt werden. Reparaturen werden in Kiel vorgenommen, aber auch unterwegs. Der Unternehmer selber fährt auch im Sommer öfter nach Kiel zurück.

Der Bezirkstaatsausschuß wies nun die Klage des Wandsbeker Ortsvereinerverbandes ab und gab der Kassenkasse darin recht, daß es lediglich um einen Gewerbetrieb im Umherziehen handelt und daß die in einem brüderlichen Gewerbetrieb beschäftigten Personen nicht gegen Krankheit versicherungspflichtig seien. Hinsichtlich der Art des Betriebs sei festgestellt, daß der Kastellunternehmer in Kiel einen stehenden Gewerbetrieb nicht habe. Das Unternehmen wandere von Ort zu Ort und es sehe auch in Kiel jede Betriebsverhältnisse. Der dritte Senat des preußischen Oberverwaltungsgerichts verwies die gegen dieses Urteil vom Ortsamtsverband Wandsbek eingelierte Berufung mit folgender Begründung: Das Krankenversicherungsgesetz regelt nur die Versicherungspflicht für stehende Gewerbetreiber, die einen bestimmten Bruttobetrieb haben, wo der Betrieb ausgestellt werde. Die Versicherungspflicht besteht somit nicht für die Arbeiter solcher Betriebe, die lediglich im Umherziehen ausgebildet würden. Wenn über ein Betrieb in obigem Sinne vorhanden sei, dann wäre es für die Versicherungspflicht unerheblich, wann die Betriebsstätigkeit in verschiedenen Orten vorgenommen werde. Das gleiche gilt für Betriebe, wo Bruttoselbstverwendung jährt. Vorliegend habe nun der Bezirkstaatsausschuß auf Grund seiner Feststellungen mit Recht angenommen, daß der Unternehmer S. keinen stehenden Gewerbetrieb habe. Daß er sich die Wohnung für das ganze Jahr in Kiel erzielt, sei nicht entscheidend. Ausschlaggebend wäre, daß er in Kiel weder eine Betriebsstätte noch ein jahrlanges Unternehmen habe. Die Entscheidung weist auf einen Mangel im Krankenversicherungsgesetz hin.

50 000 Mark Taglohu.

Somit hat Herr Krupp v. Bohlen und Halbach in dem Geschäftsjahr 1906/07 beachtliche Verdienste. Der Herr ist stolz seiner Verherrlichung mit dem ehemaligen Präsidenten Berta Krupp fast alleiniger Inhaber der Firma Krupp. Diese war in dem genannten Geschäftsjahr eine Dividende von 10 Prozent = 18 Millionen Mark ab, macht täglich (einschließlich der Sonntage) annähernd 50 000 M. Dabei war es noch möglich, den Rücklagen 57 Millionen zu überweisen — und eine Million Mark an die Arbeitserfüllung abzufließen. Auf den Kopf der Arbeiter entfällt ein Reinergewinn von rund 400 M.

